©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ANDREAS DORPALEN

SPD UND KPD IN DER ENDPHASE DER WEIMARER REPUBLIK*

Die Rolle der SPD und der KPD in der Endphase der Weimarer Republik ist vielfach Gegenstand historischer Untersuchungen gewesen. Wenn dieses Thema hier nochmals aufgegriffen wird, so geschieht dies unter Aspekten, die neue Einblicke in das Verhältnis der beiden Parteien in den Jahren 1930–1933 vermitteln können.

Zunächst sind in den bisherigen Arbeiten Sozialdemokratie und Kommunismus fast immer getrennt voneinander behandelt worden[1], so daß eine Analyse beider Bewegungen in ihrem dialektischen Gegenspiel nützlich erscheint. Darüber hinaus sind in den letzten Jahren eine Reihe von Untersuchungen erschienen, die bisher noch wenig in die allgemeine Diskussion des hier zu behandelnden Problemkomplexes eingegangen sind. Dazu gehören die Untersuchungen der DDR-Historiker zur Rolle der beiden Parteien beim Untergang der Weimarer Republik[2] und eine Reihe von Arbeiten westdeutscher, z.T. marxistischer Historiker zu diesem Thema[3]. Außerdem

---

* Bei der Sammlung einschlägigen Materials hatte ich die freundliche Unterstützung des Bundesarchivs (BA), des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, Zweigstelle Kalkum (HStA Düsseldorf [K]), Staatsarchivs Münster (StA Münster) und StA Hamburg. Das Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin (DDR), das das KPD-Archiv besitzt, hat mir den Zugang zu diesem Archiv nicht gestattet. Einen gewissen Ersatz bietet jetzt: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933, eingel. u. bearb. von Hermann Weber, Düsseldorf 1981. The Ohio State University, Columbus, Ohio, hat meine Arbeiten durch finanzielle Unterstützung sehr erleichtert.

[1] Über die SPD s. Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: ders./Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien. Darstellungen und Dokumente, Königstein Ts./Düsseldorf 1979, S. 101ff.; Richard N. Hunt, German Social Democracy 1918–1933, New Haven/London 1964; Richard Breitman, German Socialism and Weimar Democracy Chapel Hill, N.C., 1981. Über die KPD Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, mit einer Einleitung von Hermann Weber, Frankfurt/Main 1973; Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935, Frankfurt a. Main/New York 1976; Hermann Weber, Die Wandlung des Rechtskommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. Main 1969, Bd. 1; Horst Duhnke, Die KPD von 1933-1945, Köln 1972.

[2] Von den zahlreichen DDR-Werken seien hier nur genannt Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung (GDA), hrsg. vom Institut beim Zentralkomitee der SED, Berlin (DDR); Klassenkampf-Tradition-Sozialismus (Grundriß), hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (DDR) 1978; Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, Berlin (DDR) 1978.

[3] Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933, Neuwied/Berlin (West) 1971; Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt/Neuwied 1974; Bärbel Hebel-Kunze, SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932–1935, Frankfurt a. Main 1977.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnten noch eine Reihe bisher unausgewerteter archivalischer Bestände der KPD und der Regierungsbehörden benutzt werden, die ebenfalls neue Einblicke vermitteln.

Gleichzeitig mögen dabei auch Fragen beantwortet werden, über die nicht-marxistische Historiker bisher noch keine Einigung erzielt haben. Zu diesen Problemen gehört vor allem die jeweilige Verantwortlichkeit der KPD und der SPD für den Zusammenbruch der Republik. Einige Autoren schreiben den Kommunisten eine erhebliche Verantwortung zu[4], andere dagegen erwähnen sie kaum, wenn überhaupt, in ihren Untersuchungen[5]. Und während heute größere Geneigtheit besteht, auch die SPD mitverantwortlich zu halten, haben einzelne Verfasser die Partei immer wieder von einer solchen Mitverantwortlichkeit freigesprochen[6]. Gerade kürzlich hat ein amerikanischer Historiker erneut festgestellt, daß es schwer sein würde, eine politische Partei zu finden, die weniger verantwortlich für das Versagen der Weimarer Republik gewesen wäre als die SPD[7].

I

Die Problematik der KPD-Rolle berührt einen zentralen Punkt unseres Themas. Historiker, die der KPD eine erhebliche Verantwortung für den Untergang der Weimarer Republik anlasten, der SPD dagegen allenfalls beiläufig ein Verschulden zuweisen[8], gehen von der Voraussetzung aus, daß die hinhaltende Politik der SPD grundsätzlich korrekt war. Um den Vormarsch des Nationalsozialismus aufzuhalten und den Weimarer Staat zu erhalten, hätten die Kommunisten in ihrem eigenen Interesse die Sozialdemokraten unterstützen müssen. So schreibt Horst Duhnke: „Zur Stützung der Republik, die ja auch für die Kommunisten letztlich das kleinere Übel war, hätte aber auch schon parlamentarische Tolerierung und ein Einstellen der heftigen Angriffe gegen die Sozialdemokraten genügt."[9] Wenn die KPD diesen Weg nicht beschritten habe, so wegen ihrer Abhängigkeit von der Komintern und von Stalin, der die Partei kaltblütig seinen machtpolitischen Interessen opferte. Der Kreuzzug der KPD gegen die SPD galt somit als die deutsche Parallele zur sowjetischen Auseinandersetzung zwischen Stalin und dem gemäßigteren Bukharin-Flügel der KPdSU; er

---

[4] Weber, in Flechtheim, S. 52, 336–37; Bahne, S. 11; Duhnke, S. 17, 59.

[5] Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln/Berlin 1970, S. 185 ff. In früheren seiner Veröffentlichungen ist die kommunistische Verantwortlichkeit zwar festgestellt, aber nur beiläufig erwähnt worden (Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 504, 711). Ähnlich Volker Hentschel, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978, S. 82–83.

[6] Dazu Hentschel; ferner Martin Vogts Diskussionsbeitrag in: Sozialdemokraten zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, hrsg. von Hans Mommsen, Frankfurt a. Main 1974, S. 147.

[7] Breitmans eigene Ausführungen bestätigen das allerdings nicht.

[8] Z. B. Weber, in Flechtheim, S. 55, 56; Duhnke, S. 29, 33.

[9] Duhnke, S. 59.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollte etwaige Sympathisanten des Bukharin-Tomsky-Rykov-Lagers bekämpfen. Erwachsen aus der Sowjet-Situation, bezog er aus ihr seine starre Kompromißlosigkeit.

Ob die von Duhnke vorgeschlagene Taktik den gewünschten Erfolg gehabt hätte, erscheint mehr als zweifelhaft angesichts der Passivität und Ratlosigkeit der SPD-Führung und der autoritären Bestrebungen Brünings und Hindenburgs und der hinter ihnen stehenden Kreise. Wesentlicher ist, daß Duhnkes Analyse den letzten Sinn der KPD-Strategie nicht erfaßt. Es ist richtig, daß diese Strategie in ihren wesentlichen Zügen von der Komintern und den innen- und außenpolitischen Interessen des Kremls bestimmt wurde[10]; doch dürfen diese Einflüsse, wie noch zu zeigen sein wird, auch nicht überschätzt werden. Vor allem aber bleibt eine Erklärung der KPD-Politik als bloßer Ausfluß von Komintern-Diktaten doch recht vordergründig, denn sie übersieht die ideologische Komponente der kommunistischen Strategie.

An diesem Punkt setzen nun die Untersuchungen der DDR-Historiker ein. Sie weisen darauf hin, daß in der fraglichen Zeit der Kapitalismus sich in einer tiefgreifenden strukturellen – und nicht nur zyklischen – Krise befand, die die deutsche Monopolbourgeoisie durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiterschaft mittels einer zunehmend faschistisch-terroristischen Diktatur zu überstehen versuchte. Da aber der kapitalistische Produktionsprozeß nur durch Mitarbeit der Arbeiterklasse habe aufrechterhalten werden können, sei die Arbeiterschaft in der Lage gewesen, durch Streiks das bereits überaus geschwächte kapitalistische System weiter zu erschüttern und schließlich durch Generalstreiks völlig zu lähmen. Am Ende wäre der Kapitalismus dann durch einen bewaffneten Aufstand gänzlich beseitigt und durch die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus ersetzt gewesen[11].

Dieses Programm setzte freilich das einheitliche Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft voraus. Wie die Dinge lagen, unterstützte jedoch nur ein Bruchteil der Arbeiter die Kommunisten. Komintern und KPD waren aber überzeugt, daß die wachsende Wirtschaftskrise die Arbeitermassen in das kommunistische Lager treiben würde. Dies war jedoch nicht in dem erwarteten Ausmaß der Fall. Besonders die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter blieben ihren Gewerkschaften treu. Diese waren

---

[10] Dietrich Geyer, Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung, in: VfZ 24 (1976), S. 32ff.; Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, Berlin (West) 1970; Weber, Wandlung, S. 312ff. Besonders auch Wilhelm Piecks Erklärung vor einem nicht-kommunistischen Gremium: „Die Kommunistische Partei ist eine Sektion der Kommunistischen Internationale. Sie ist an die Weisungen des Exekutivkomitees dieser Internationale gebunden." Zit. in ZfG 23 (1975), S. 1413. Höchst aufschlußreich sind auch sein Bericht vor dem ZK der KPD am 21.2. 1932, in: ZfG 23 (1975), S. 1435–37, und die Rechenschaftsberichte Piecks (4.8. 1932) und Thälmanns (13.11. 1932) an Wilhelm Florin, den damaligen Vertreter der KPD beim Exekutivkomitee der Komintern (EKKI), abgedruckt in: Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, hrsg. von Heinz Karl/Erika Kücklich, Berlin (DDR) 1965, S. 213ff., 299ff. Die deutschen Kommunisten sahen in der Unterordnung spezifisch deutscher Belange unter Sowjet-Interessen nichts Anstößiges, da das Geschick des deutschen Kommunismus von der Wohlfahrt und Stärkung der Sowjetunion abhänge.

[11] „Streik", in: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung (Swb), Berlin (DDR) 1969–70, Bd. 2, S. 626; Ruge, S. 318ff., 352ff.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weiter bereit, das kapitalistische System aufrechtzuerhalten, wenn sie auch, wie die Sozialdemokraten, seine evolutionäre Entwicklung zum Sozialismus erstrebten. So suchte die Sozialdemokratie den Aufstieg des Nationalsozialismus durch Unterstützung der konservativ-autoritären Brüning-Regierung als dem „kleineren Übel" und durch eine lediglich parlamentarische und legalistische Opposition gegenüber den Papen- und Schleicher-Kabinetten aufzuhalten. Wie die DDR-Historiker immer wieder hervorheben, mußte eine solche Strategie die Macht des Großkapitals stärken, denn die Lahmlegung des Reichstags durch Brüning und seine Ausschaltung durch Papen und Schleicher machten eine Verteidigung der Rechte der Arbeiter auf parlamentarischer Ebene fast unmöglich. So konnten Brüning und seine Nachfolger durch Lohnabbau, durch Beschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts und der Pressefreiheit und durch rücksichtslosen Einsatz der Polizei die Rechte der Arbeiter aushöhlen und dem uneingeschränkten Faschismus den Weg ebnen. Dabei wird betont, daß Brüning und seine Anhängerschaft nicht notwendig gewollt auf eine faschistische Diktatur zusteuerten, sondern daß die Faschisierung sich objektiv aus seinen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergab und deren Politik dirigierte. Die sozialdemokratischen Führer aber, die infolge ihrer Tolerierungspolitik die wirksamste Waffe der Arbeiterschaft, den Streik, ungenützt ließen, wurden damit zur „sozialen Hauptstütze" dieser Regierungen – oder genauer der Monopolbourgeoisie, die hinter den Regierungen stand. Um das Monopolkapital zu beseitigen, kam es darauf an, die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern zu trennen und von der SPD in die KPD herüberzuziehen und die Macht der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften zu brechen. Die Einheitsfront sollte sich also nicht auf ein Bündnis mit der SPD als Organisation beschränken wie die spätere Volksfront, sondern die SPD zerschlagen, um sicherzugehen, daß die weit größere SPD nicht die KPD korrumpierte und in sich aufnahm[12].

Die kommunistischen Angriffe auf die SPD-Führer werden somit von der DDR-Historiographie als durchaus berechtigt angesehen, wenn auch die Bezeichnung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten" („Faschisten in sozialer Verbrämung") heute als unnötige Provokation bedauert und die Verknüpfung der Einheitsfront-Taktik mit dem Endziel der proletarischen Diktatur als verfrüht und als eine weitere Erschwerung der Annäherung an die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschafter angesehen wird. Danach wäre es weit wirksamer gewesen, wenn die KPD sich auf den Schutz der demokratischen Rechte der Arbeiter als unmittelbares Ziel beschränkt hätte[13].

Diese Einsichten, die hier aus der Rückschau vorgetragen werden, standen tatsächlich schon zu der damaligen Zeit zur Verfügung. Eine oppositionelle Gruppe, die

[12] Ob das am wirksamsten durch Werbearbeit innerhalb der bestehenden Gewerkschaften oder durch neu gegründete Rote Gewerkschaften geschah, war eine Frage, die die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der KPD (RGO) nie endgültig löste. S. Rote Fahne, 20. 11. 1932.

[13] Grundriß, S. 423 ff.; GDA, Bd. 4, S. 386 ff.; Klaus Mammach, Bemerkungen über die Wende der KPD zum Kampf gegen den Faschismus, in: Beiträge zur (deutschen) Arbeiterbewegung (BzA) 5 (1963), S. 663.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KPD(O), die als zu „rechtsstehend" aus der Partei ausgeschlossen worden war oder aus eigener Initiative aus ihr austrat, hatte seit Jahren auf die Unsinnigkeit dieser Angriffe hingewiesen, da sie die SPD-Politik nur als objektiv falsch, nicht als willentlich kapitalsfreundlich ansah. Sie hatte auf Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften gedrängt und die blinde Komintern-Gefolgschaft verurteilt[14]. Vor allem aber hatte die KPD(O) erkannt, daß die NSDAP keineswegs das gefügige Werkzeug des Großkapitals war, und bereits 1930 davor gewarnt, daß die Nazis die Macht ergreifen würden, falls die Arbeiterschaft sich nicht zu einer schlagfertigen Einheitsfront zusammenfinde. Die Bourgeoisie würde der NSDAP dabei behilflich sein und, um ihre soziale Stellung zu retten, den Nazis auch die politische Macht ausliefern, wie einer der KPD(O)-Führer, August Thalheimer, in Anlehnung an Marxs „Achtzehnten Brumaire des Louis Napoleon" und im Blick auf die nicht unähnliche Situation des Frankreichs von 1848 ausführte[15].

Auch die Teilnahme der KPD an dem Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags im August 1931, den Stahlhelm, Deutschnationale und Nationalsozialisten in die Wege geleitet hatten, wird heute von den DDR-Historikern als schwerer Fehler bedauert[16]. (Die Beteiligung war ursprünglich von der Parteileitung abgelehnt worden und erfolgte erst auf Anweisung der Komintern, nachdem sich einer der deutschen Parteiführer, Heinz Neumann, an diese gewandt hatte. Der Vorgang rückt die Beziehungen zwischen Komintern und KPD in ein differenzierteres Licht: Moskau schritt nicht auf eigene Initiative ein, sondern auf Neumanns Aufforderung. Es gibt noch andere Fälle, in denen die Komintern erst auf Veranlassung deutscher Beteiligter in innerparteiliche KPD-Auseinandersetzungen eingriff[17].)

II

Die Arbeiten von Fülberth/Harrer, Hebel-Kunze und Heer[18] befassen sich eingehender als die DDR-Untersuchungen mit der Rolle der SPD und der Freien Gewerkschaften. Dabei wird betont, daß die SPD die von ihr verkündeten Ziele – die Verteidigung und den Ausbau demokratischer Rechte und des Parlamentarismus, der alleinige Weg, auf dem in sozialdemokratischer Sicht die Verbesserung der Lage der Ar-

---

[14] K. J. Tjaden, Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPD[O]), Meisenheim am Glan 1964, ist die beste Untersuchung der KPD(O), aber leider oft überdetailliert und schwer lesbar.

[15] Ebenda, S. 174.

[16] GDA, Bd. 4, S. 300 ff.; Preußenvolksentscheid 1931, Swb, Bd. 2, S. 283.

[17] Es bedurfte allerdings keines sehr großen Kurswechsels. Selbst als die Partei das ursprüngliche Volksbegehren ablehnte, hatte Thälmann gewarnt: „Wir werden keinen Finger krumm machen für die Braun-Severing-Herrschaft, die Preußen zu einem Hort der finsteren Reaktion gemacht hat." Rote Fahne, 1. 3. 1931. S. auch GDA, Bd. 4, S. 300 ff.; Ruge, S. 307; Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 202 ff.; ders., in Flechtheim, S. 59.

[18] S. Anm. 3.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beiter und der Sozialismus durchgesetzt werden konnten – nur dann hätte verwirklichen können, wenn sie ihre Tolerierungspolitik und ihre Strategie strengster Legalität und ausschließlich parlamentarischen Vorgehens aufgegeben hätte. Indem sie sich mit den bestehenden Verhältnissen abfand, verzichtete sie auf die wirksame Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft. Gleichzeitig schloß ihre Bereitschaft, das kapitalistische System zu akzeptieren – weil sie es für stärker und unangreifbarer hielt als die Kommunisten, dann aber auch, weil sie es in sich reformfähig oder als Durchgangsstation über den „organisierten Kapitalismus" zum Sozialismus ansah –, eine gemeinsame Front mit den Kommunisten aus. Fülberth und Harrer kommen zu dem Schluß, daß die SPD ebensowenig wie die KPD an einer Zusammenarbeit der beiden Parteien interessiert war und Einheitsfront-Angebote an die KPD nicht ernst gemeint waren. Hebel-Kunze beschuldigt die SPD gleichfalls der Unaufrichtigkeit, wenn die SPD als erste Voraussetzung einer Einheitsfront auf einem politischen Burgfrieden bestand: auf Grund einer solchen Vereinbarung wäre es der KPD unmöglich geworden, die sozialdemokratische Duldung des kapitalistischen Systems zu kritisieren, womit sie ihre eigene Politik untergraben hätte. Fülberth/Harrer gehen jedoch zu weit, wenn sie unter Berufung auf Brüning in den sozialdemokratischen Führern Männer sahen, die bereit waren, „um der Sache willen", d. h. zur Erhaltung des kapitalistischen Systems, nicht nur ihre eigene Laufbahn, sondern auch ihre eigene Partei aufzuopfern[19].

Diese Autoren weisen ebenfalls darauf hin, daß die Sozialdemokratie auch zu den gleichen Taktiken griff, deren sich die KPD – mit umgekehrten Vorzeichen – bediente: Sie verstand unter einer Einheitsfront einen Zusammenschluß der Arbeiterschaft unter sozialdemokratischer Führung. Anders als die Kommunisten unternahm die SPD jedoch wenig, um eine solche Vereinheitlichung herbeizuführen, sondern verließ sich auf die natürliche Entwicklung der Dinge[20]. Ebenso begriff sie Kommunismus als eine Abart des Faschismus, und wenn die SPD-Führer von den Kommunisten als Verräter an der Arbeiterklasse abgetan wurden, so galten die KPD-Führer den Sozialdemokraten als käuflich und überzeugungslos[21].

Ähnlich ist das Urteil auch über die Gewerkschaften. Ihre Führer waren bereit, wie Hannes Heer hervorhebt, nicht nur mit Brüning, sondern auch mit Papen und Schleicher und am Ende sogar mit Hitler zusammenzuarbeiten. Wie bei den DDR-Historikern wird auch hier gefolgert, daß die Gewerkschaften ihre Ziele nur durch außerparlamentarische Aktionen hätten durchsetzen können[22].

---

[19] Fülberth/Harrer, S. 208 ff., 244 Anm. 552; wirkungsvoll Hebel-Kunze, S. 51 ff.; Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 218, 315, 462. S. auch Matthias, S. 684 ff., und Bahne, die, wenn auch nicht so kategorisch, die Möglichkeit einer Einheitsfront bezweifeln.

[20] Charakteristisch Alexander Schiffrin, Der Kampf um den kommunistischen Arbeiter, in: Gesellschaft, Bd. 7 (1930), S. 127 ff.; Walther Pahl, Der Run zum Nationalsozialismus, in: Sozialistische Monatshefte, Bd. 36 (1930), Tl. 3, S. 865.

[21] Hebel-Kunze, S. 41 ff. S. auch Hans J. L. Adolph, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, Berlin (West) 1971, S. 224 ff.

[22] Heer, S. 46 ff.; Fülberth/Harrer, S. 230; Hebel-Kunze, S. 65 ff.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das ist unzweifelhaft richtig. Wenn überhaupt, dann war die Wiederherstellung einer sozial gerechten parlamentarischen Demokratie nur mit Hilfe außerparlamentarischer Mittel – Massenproteste und Massenstreiks – möglich. Der Parlamentarismus verlor mehr und mehr seine Funktionsfähigkeit, weil einflußreiche Kreise seine Unwirksamkeit erstrebten, um die politische Einwirkungsmöglichkeit der Arbeiterschaft zu beseitigen. Infolge dieser Bestrebungen wurde die gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstags mit dem Antritt der Brüning-Regierung zunehmend eingeschränkt und die Macht des Reichspräsidenten – d. h. des antidemokratischen und antiparlamentarischen Hindenburg – entsprechend gestärkt[23]. Die Kommunisten erkannten das, wenn sie diese Entwicklung – übertreibend – als Faschisierung des Weimarer Staates bezeichneten. Die Sozialdemokraten hielten dagegen die Entmachtung des Reichstags und die zunehmende Begrenzung der demokratischen Verfassungsgarantien für ein vorübergehendes Phänomen, Ausdruck einer augenblicklichen Verwirrung, die mit der katastrophalen Wirtschaftslage entstanden war und bei ruhiger Besinnung, d. h. mit einem neuen Aufschwung der Wirtschaft, wieder verschwinden werde. So hieß es in einem Leitartikel des „Vorwärts": „Das Volk braucht nur das nächste Mal vernünftiger zu wählen, dann wird es damit den Reichstag in seine alten Rechte wieder einsetzen und die Macht des Reichspräsidenten auf das normale Maß beschränken."[24] Gelegentliche Andeutungen der Möglichkeiten außerparlamentarischer Verteidigung der Republik deuten darauf hin, daß man sich dieses Weges bewußt war; aber diese Erwägungen waren so zweideutig und generell, daß sie wohl nie ernsthaft in Betracht gezogen wurden.

Die marxistischen Kritiker weisen richtig darauf hin, daß diese Verkennung der Sachlage nicht nur auf das persönliche Versagen der SPD-Führer zurückgeführt werden darf[25]. Sie beruhte vielmehr auf der grundsätzlichen Überzeugung, daß die Partei ihre Ziele am besten durch volle Integration in das bestehende Gesellschaftssystem erreichen könne und ihre politischen und wirtschaftlichen Pläne entsprechend gestalten müsse. Dabei wurde jedoch übersehen, daß eine solche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft nur bei gutem Willen der entscheidenden Gesellschaftsschichten erreicht werden konnte. Weite Kreise des Bürgertums waren jedoch bittere Gegner der sozialdemokratischen Bestrebungen. Unternehmer insbesondere sahen in der Sozialdemokratie eine ständige Bedrohung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen[26].

Sozialdemokraten in Regierung und Verwaltung, als Gesetzgeber in den Parla-

[23] Brüning, S. 140 ff.; Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin (West) 1966, S. 102 ff., 127–28, 133–34, 160 ff.

[24] Vorwärts, 7. 12. 1930 (M); Decker, Eine zweite faschistische Welle?, in: Gesellschaft, Bd. 8 (1931), S. 490–91; Kurt Wilk, Die Krise des Parlamentarismus und sozialdemokratische Politik, in: ebenda, S. 508–509; Friedrich Stampfer, zit. bei Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 184.

[25] Z. B. Matthias, S. 158 ff.

[26] Michael Schneider, Unternehmertum und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 76 ff., 143–44, 146 und passim; Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik, Wuppertal 1978.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menten, als Gewerkschafter in Betrieben wurden tatsächlich als eine viel größere Gefahr angesehen[27] als Kommunisten, die in keiner Regierung saßen, in der Verwaltung nur auf unterster Ebene Posten besetzten[28], in Parlamenten völlig isoliert waren und in Betrieben vergeblich den dominierenden Einfluß der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften zurückzudrängen versuchten. Die Kommunisten waren vornehmlich ein polizeiliches, kein politisches und nur sehr begrenzt ein wirtschaftliches Problem für die Unternehmer. Ihre unaufhörlichen Ankündigungen eines zunehmenden revolutionären Aufschwunges[29] in der Arbeiterklasse und ihre siegesgewissen Voraussagen eines baldigen gewaltsamen Aufstandes – mit einer Offenheit, die die überwachenden Behörden immer wieder in Erstaunen versetzte[30] – konnten jedoch von den Rechtsparteien ausgenutzt werden, um dem Kreuzzug gegen die Sozialdemokraten größere Stoßkraft zu verleihen: Sozialdemokratie und Kommunismus wurden so zu einem all-umfassenden „Marxismus" verwoben und zu einem Furcht erweckenden Schreckbild verschmolzen.

Aber auch aus der Perspektive der Arbeiterschaft spielte die SPD eine ungleich wichtigere Rolle als die KPD. Sie war nicht nur zahlenmäßig weit stärker als die letztere, deren Mitgliedschaft zudem ständig wechselte, sie saß nicht nur in Regierungs- und Verwaltungsämtern, vor allem waren die sozialdemokratischen Gewerkschaften tonangebend in den Betrieben. Bei ihnen lag in den meisten Fällen die Entscheidung über Wirtschaftskampf oder- frieden, über Annahme oder Ablehnung von Lohnkürzungen und anderen Einschränkungen der Rechte der Arbeiter. Die Entscheidung fiel gewöhnlich zugunsten der Annahme dieser neuen Belastungen mit der Begründung, daß Arbeiter kaum einem Streikaufruf folgen würden, wenn Millionen von Arbeitslosen bereit ständen, um ihre Arbeitsplätze zu übernehmen[31].

Gerade aus diesem Grunde wäre es wesentlich gewesen, sich nicht passiv zu verhalten und sich nicht auf die selbstheilende Kraft des Kapitalismus zu verlassen. Die

---

[27] In dieser Hinsicht sind die Reichstagsdebatten aufschlußreich, so z. B. Oberfohren (DNVP) in: Verhandlungen des Reichstags, V. Wahlperiode, Bd. 446, S. 2096 ff.; Rosenberg (NSDAP) ebenda, S. 2312–14. S. auch Materialien im Nachlaß Dingeldey (DVP), BA, Mappen 16 und 32; Otto Kriegk, Hugenberg, Leipzig 1932, S. 69.

[28] In den seltenen Fällen, in denen ein Kommunist in ein verantwortungsvolleres Amt gewählt wurde, wurde die Wahl von der übergeordneten Aufsichtsbehörde nicht bestätigt – eine Entscheidung, die im Falle eines kommunistischen Bürgermeisters in der mecklenburgischen Stadt Boitzenburg durch sein gesetz- und verfassungswidriges Verhalten geradezu erzwungen wurde; Rote Fahne, 1.9., 11.9., 13.9., 17.9. 1931. S. auch die zweimalige Wahl eines kommunistischen Oberbürgermeisters in Solingen und Ablehnung durch das preußische Staatsministerium 1930; Volker Wunderlich, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Wuppertal 1980.

[29] Viel Verwirrung über diese Fragen entstand aber auch infolge der besonderen marxistischen Terminologie, die den Begriff „revolutionär" nicht nur auf eine tatsächliche Revolution anwandte, sondern auch auf Situationen, die „auf eine Revolution gerichtet" waren.

[30] PolPräs. Bochum and Oberpräs. Westfalen, 7.11. 1930 (Abschr.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, N. 30642 b, Bl. 240; Nachrichtensammelstelle des Reichsministeriums (RdI) an Nachrichtensammelstellen der Länder, 16.8. 1932, BA, R 134–66, B Bl. 23.

[31] Matthias, S. 138; Hebel-Kunze, S. 36; Tjaden, S. 230 ff.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SPD-Führung lehnte es jedoch ab, mit positiven Arbeitsbeschaffungsplänen hervorzutreten und damit das wachsende Arbeitsproblem zu bekämpfen. Ein wirksames Programm hätte gleichzeitig den Übergang zum Kommunismus eingedämmt und diejenigen, die zur KPD übergegangen waren, in die sozialdemokratischen Reihen zurückgeführt. (In Kommunalwahlen im Dezember 1932 und Januar 1933 sowie in den Lippeschen Landtagswahlen im Januar 1933, als das Programm des damaligen Reichskanzlers von Schleicher ein aktiveres Vorgehen gegen die Wirtschaftskrise versprach, erzielten die Sozialdemokraten erhebliche Stimmengewinne, während die Kommunisten entsprechende Einbußen erlitten.) Auch linke Nationalsozialisten wären möglicherweise zur SPD übergegangen. Aber die SPD lehnte alle Vorschläge für ein aktiveres Vorgehen ab. Das galt besonders für einen Plan, den führende Wirtschaftsexperten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Woytinski, Tarnow und Baade) ausgearbeitet hatten. Er sah großzügige Wohnungs- und Straßenbauten vor und hätte Arbeit für eine Million Arbeitslose geschaffen. Die Partei-Ökonomen, unter ihnen besonders Hilferding, lehnten den Plan als inflationär ab – eine nicht stichhaltige Begründung, da die unausgenutzten Produktionskapazitäten die Wirtschaft vor nennenswerten preiserhöhenden Investitionen geschützt hätten. Daneben trugen Überalterung der Parteiführung und -mitgliedschaft, Bürokratisierung des Parteiapparates und die daraus folgende Abscheu vor neuen unorthodoxen Experimenten zu diesem Konservatismus bei[32].

Die Kommunisten versuchten vergeblich, die sozialdemokratische Vorherrschaft zu brechen. Sie waren überzeugt, daß die Arbeiter ihre Interessen im Parlament einer bürgerlichen Demokratie nie durchsetzen konnten. Für sie war ein solcher Parlamentarismus nur eine verschleierte Form der Diktatur der Großbourgeoisie: alle wesentlichen Entscheidungen wurden im engsten Kreis der wahren Machthaber, der Monopolkapitalisten, getroffen und dann von den abhängigen Abgeordneten durchgebracht. Wurde dieser Entscheidungsprozeß durch die Stärkung der antikapitalistischen Kräfte gefährdet, folgte der verschleierten eine offene Diktatur. Dies war nach kommunistischer Auffassung nunmehr der Fall, und die Tolerierungspolitik konnte dem Faschismus nur den Weg ebnen: Sozialdemokraten waren daher „Sozialisten in Worten, Faschisten in Taten" – Sozialfaschisten[33].

Um den Kampf gegen das Großkapital auf außerparlamentarischer Ebene zu führen, mußten die Kommunisten einen entscheidenden Einfluß in den Betrieben gewinnen. Nur so konnten sie den Produktionsprozeß zum Stillstand bringen, durch wirtschaftliche und politische Streiks die Vorherrschaft der Bourgeoisie brechen und schließlich das kapitalistische System beseitigen. Aber der Vormarsch in den Betrie-

---

[32] Robert A. Gates, Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik. Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929–1933, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. von Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod, Kronberg/Ts. 1977, Bd. 1, S. 216 ff.

[33] Rote Fahne, 8. 8. 1929; Resolution des ZK, ebenda, 16. 8. 1929, 1. Beil.; Durch Einheit zur Macht. Heinz Neumanns Abrechnung mit der Politik des sozialdemokratischen Vorstandes, Berlin 1931, S. 120.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ben machte kaum Fortschritte; während die Titelseiten der „Roten Fahne" das Heranreifen der revolutionären Krise und die zunehmende Radikalität der Arbeiter begrüßten, rissen auf den hinteren Seiten die Klagen über die Untätigkeit der Betriebszellen, über unwirksame Werbung und Agitation nicht ab[34].

Es gab viele Gründe für diese Mißerfolge. Zunächst waren Kommunisten und kommunistische Sympathisanten durch systematische Entlassungen in den Betrieben zu einer Minderheit zusammengeschrumpft; im Herbst 1932 waren nur noch 11 Prozent der KPD-Mitgliedschaft beschäftigte Arbeiter[35]. Darüber hinaus spielten Sorge um den Arbeitsplatz, Bequemlichkeit und Ungeschicklichkeit der kommunistischen Agitation eine Rolle; seitens der nichtkommunistischen Arbeiter wirkten sich die gleichen Sorgen, Lethargie und Verlaß auf die Führer hemmend aus[36].

Aber auch die KPD-Führung trug Schuld an dem Versagen der Betriebsagitation. Der ständige Streit darüber, ob die Partei selbständige kommunistische Gewerkschaften organisieren oder die gegnerischen Gewerkschaften durch Einschleusung ihrer eigenen Gefolgsleute zersetzen sollte, schwächte die kommunistischen Vorstöße; die Taktik in diesem Punkt wechselte mehrmals[37]. Darüber hinaus hatte der Kampf um höhere Löhne als Vorstufe zur Schaffung eines Sowjet-Deutschlands wenig Verlokkendes für Arbeiter, die von den Vorteilen eines solchen revolutionären Umschwungs keineswegs überzeugt waren. Ebenso wirkten die unerbittlichen Angriffe auf die SPD-Führer und oft auch die SPD-Anhänger abschreckend[38]. So ergaben sich auch innerhalb der KPD-Führung ernste Meinungsverschiedenheiten über die Haltung der KPD gegenüber der SPD und führten zu bitteren Auseinandersetzungen mit „Rechtsopportunisten", „Versöhnlern" und „Linksopportunisten", die sich letztlich alle um die kommunistische Einstellung zur SPD drehten. Die Unstimmigkeiten in diesen Fragen wurzelten so tief, daß sie selbst nach dem Ausschluß der führenden Vertreter der genannten Richtungen aus der Partei weitergingen, wie aus den fortdauernden Warnungen der „Roten Fahne" vor „sektiererischen" Meinungen hervorgeht.

---

[34] Rote Fahne, 4.2. 1930, 5.1. 1932; Bezirkskomitee der RGO, Industriegruppe Metall, 14.9. 1931 (Abschr.), StA Münster, Reg. Münster, VII-1, Bd.2; Rundschreiben des Bezirkskomitees der RGO Ruhrgebiet, 8.8. 1930 (Abschr.), ebenda; PolPräs. Bochum, Nachrichtensammelstelle Nr.50, ebenda; Clara Zetkin und Minna Reese, 6.1. 1931, Nachlaß Reese, BA, Kl. Erw., Nr. 379-1, Bl.13–14.

[35] Ruge, S.364; GDA, Bd.4, S.27f.

[36] S. dazu die interessante Analyse bei Hebel-Kunze, S.33ff., die außerdem auf die Zugehörigkeit der Arbeiter zu den Konsumgenossenschaften, Freizeitvereinigungen und anderen tatsächlich unpolitischen Organisationen als einem wichtigen Grund für das Verbleiben eines großen Teils der beschäftigten Arbeiter in der SPD hinweist.

[37] Rote Gewerkschaftsopposition, Swb, Bd.2, S.385.

[38] Anweisungen des Sekretariats (des ZK der KPD), Rundschr. Nr.12, 18.9. 1930, BA, R.134/61, Bl.48–49, 52, 54; Brief des ZK an alle Betriebszellen, Straßenzellen und Ortsgruppen, Anfang Okt. 1930, ebenda, Bl.100–101; Rundschreiben der BL Ruhrgebiet der KPD 1930–31 (Abschr.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr.30657, d–e; Polizeidirektion Bremen, Lagebericht Nr.8/30, 4.10. 1930; StA Münster, Reg. Münster, VII-2, Bd.6; R.d.I. an Nachrichtensammelstelle der Länder, 6.10. 1930, BA 134/61, Bl.46.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Wahlerfolge der Kommunisten in den Jahren 1930–32 sowohl auf Reichs- wie auf Länder- und Kommunalebene zeigten jedoch, daß die Zahl der Arbeiter wuchs, die unter dem Druck wirtschaftlicher Not und zunehmender Rechtlosigkeit zu den Kommunisten übergingen. Sie waren Erstwähler oder kamen aus dem sozialdemokratischen Lager. Aber für die Kommunisten hätte der Zustrom an Neuwählern einen wirklichen Erfolg nur bedeutet, wenn diese Wähler zu Aktivisten hätten gemacht werden können, wie sie die Partei zur Durchführung ihrer Pläne brauchte, zu Kämpfern, die gewillt waren, an Werbe- und Propagandaaktionen, an Streiks in allen ihren Formen (Steuer-, Mieter- wie Arbeitsstreiks) und letztlich am gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung mitzuwirken. Das traf jedoch nur in sehr begrenztem Maße zu; bald mehrten sich wieder die Klagen über unzulängliche Werbearbeit, fehlende Opferbereitschaft und ungenügenden Zuwachs an aktiven Mitkämpfern, verläßlichen Funktionären und neuen Betriebszellen. Auch die Behörden erkannten die Fragwürdigkeit des kommunistischen Stimmenzuwachses. So berichtete der Reichsminister des Inneren nach den Reichstagswahlen im September 1930, „daß die 4½ Millionen, die für die KPD gestimmt haben, keineswegs den wirklichen Aktionsradius der kommunistischen Partei darstellen und daß der wirkliche Aktionsradius weit geringer ist als ihre Stimmenzahl."

So bestand das paradoxe Ergebnis der Bestrebungen von SPD und KPD darin, daß jede der beiden Parteien Erfolge gerade auf dem Gebiet erzielte, das für sie selbst weniger bedeutete als für ihren Gegenspieler: die Sozialdemokraten, die alles auf Erfolge bei den Parlamentswahlen setzten, erlitten bei jeder Wahl neue Rückschläge, aber konnten sich in den Betrieben gegenüber Kommunisten und Nationalsozialisten erfolgreich behaupten; die Kommunisten andererseits erzielten erhebliche Wahlgewinne, die als solche für sie nur begrenzte Bedeutung hatten und die für sie nur als Ausgangspunkt für einen verstärkten außerparlamentarischen Aktivismus wirklich bedeutungsvoll hätten werden können. Wie zeitgenössische Beobachter schrieben, war die aktivistische KPD im Grunde von einer Aktions- zu einer Wahlpartei geworden, während die SPD, in ihrem Selbstverständnis eine Partei der parlamentarischen Legalität, dank der Disziplin des unerschüttlichen Kerns ihrer Wähler größere Möglichkeiten hätte, außerparlamentarische Aktionen mit Hoffnung auf Erfolg zu lancieren[39]. Daß die SPD sich ihrer Überlegenheit über die KPD nie wirklich bewußt war und sich in der Tat in vieler Hinsicht der KPD unterlegen fühlte, ist eines der vielen Paradoxe jener Jahre.

[39] Leo Friedman im Hamburger Echo, 24.11. 1932; Franz Borkenau, zit. ebenda, 5.12. 1932, StA Hamburg, Staatl. Pressestelle II, Hamburg, Nr. 4390, Bd. 3.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III

Aber die beiden Parteien mußten sich nicht nur mit ihrem Verhalten zueinander befassen – das immer drängendere Problem, das beide bedrohte, war der ständig anwachsende Nationalsozialismus. Die Reaktion der SPD auf die NS-Bewegung war durch ihre fortschrittsgläubige, bürokratisch-passive Haltung vorgezeichnet: Der Nationalsozialismus war ein Auswuchs der Wirtschaftskrise, irrational, aus unvereinbaren sozialen Elementen bestehend und von unlösbaren politischen Widersprüchen geplagt; er mußte bald wieder auseinanderbrechen[40]. Sein Niedergang wurde zuerst im Ausgang der Reichspräsidentenwahl vom Frühjahr 1932 begrüßt, in der Hitler Hindenburg unterlag. Weitere Bestätigungen für diese Auffassung wurden in den Reichstagswahlen im Juli 1932 gefunden, weil sie den Nationalsozialismus nicht an die Macht brachten, und dann – mit größerer Berechtigung – in den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 6. November 1932, bei der die NSDAP 2 Millionen Stimmen verlor[41]. So vertraute die Partei wiederum auf die natürliche Entwicklung, auf ihren Sieg über die Nationalsozialisten im Gefolge eines neuen Wirtschaftsaufschwungs und auf Grund der Unverantwortlichkeit des NS-Programms[42]. Was sie, wie bereits erwähnt, kaum in Betracht zog, war die Entschlossenheit jener Kreise, die die parlamentarische Demokratie beseitigen wollten und die bereits damals, wenn sich kein anderer Weg zu diesem Ziel bot, bereit waren, Hitler die Macht zu überlassen.

Die Sozialdemokraten waren sich auch der tatsächlichen Machtverhältnisse nicht voll bewußt; sie wurden gar nicht erst zu den Beratungen über eine neue Kabinettsbildung herangezogen, als Papen im November zurücktrat, und ebensowenig nach dem Rücktritt seines Nachfolgers Schleicher im Januar 1933[43].

---

[40] S. als ebenso charakteristischen Ausdruck der sozialdemokratischen Einstellung die Rede des Reichstagsabgeordneten und Gewerkschaftsführers Fritz Tarnow, gehalten im August 1932, bei Heer, S. 213 ff.; ebenso Karl Kautsky, Kommunismus und Sozialdemokratie, in: Gesellschaft, Bd. 9 (1932), S. 278.

[41] Otto Wels, der SPD-Parteivorsitzende, in SPD-Parteiausschußsitzung, 10. 11. 1932, in: Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Hrsg. Hagen Schulze, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 45. S. auch Decker, Die Entscheidung vom 13. März, in: Gesellschaft, Bd. 9 (1932), Tl. 1, S. 281 ff.

[42] Hebel-Kunze, S. 56 ff. So auch die Protokolle der SPD-Vorstands- und Parteiausschußsitzungen im November 1932 und Januar 1933, in denen die KPD als eine größere Gefahr für die SPD angesehen wurde als die NSDAP.

[43] Ohne auf dieses Problem näher einzugehen, sei hier auf die Diskussionsbeiträge von Döhn, Mommsen und Stegmann in: Industrielles System, Bd. 2, S. 943 ff., auch Döhn, ebenda, S. 904–906, hingewiesen. Auch Hentschel, S. 130 ff., der einen unmittelbaren Einfluß der Großunternehmer auf Hitlers Ernennung bestreitet, zeigt ungewollt, daß tendenziell dieser Kreis zu einem erheblichen Teil diesen Schritt jedenfalls nicht ablehnte. Bei den seltenen Gelegenheiten, wenn Sozialdemokraten diese Bestrebungen erwähnten, bezogen sie sich nicht auf die zahllosen Erklärungen von Wirtschaftsführern, die immer wieder für ein autoritäres Regime plädierten, sondern beriefen sich auf Zeugnisse aus zweiter und dritter Hand. S. z. B. Decker, Nach der Entscheidung, in: Gesellschaft, Bd. 8 (1931), Tl. 2, S. 386–87.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Einstellung der Kommunisten zum Nationalsozialismus war komplizierter. Wie die Sozialdemokraten verkannten auch sie die elementare Dynamik der NS-Bewegung. Für sie war die NSDAP ein terroristisches Machtinstrument des Monopolkapitals, das Teile der Monopolbourgeoisie zu fördern begannen, nachdem die Spaltung der Arbeiterklasse und die Schützenhilfe der Sozialdemokratie nicht mehr genügten, um den von der KPD immer wieder verkündeten revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse abzuwehren. Als die NSDAP im Frühjahr und Sommer 1929 an Boden gewann, nahm die KPD den Kampf gegen sie auf – die Wende läßt sich leicht an Hand der „Roten Fahne" verfolgen[44]. Doch nach marxistisch-leninistischer Auffassung bedeutete Faschismus nicht nur Nationalsozialismus, die „brutalste Verschärfung der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden der Kapitalistenklasse", sondern umfaßte jedes System, das auf die gewaltsame Niederhaltung der Arbeiterklasse und auf die Vernichtung ihrer „revolutionären Vorhut", der KPD, gerichtet war[45].

So wurde bereits die Hermann-Müller-Regierung (1928–30), an der die Sozialdemokratie führend beteiligt war, als faschistisch bezeichnet, da sie zu Lohnkürzungen schritt, den Roten-Frontkämpfer-Bund verbot und bei der Verfolgung der Kommunisten Helfershelfer in der Braun-Severing-Regierung in Preußen hatte, die für den „Blutmai 1929" verantwortlich war[46].

Das galt noch mehr für die Müller folgenden Regierungen Brünings, Papens und Schleichers mit ihren immer tieferen Eingriffen in das parlamentarische System und die Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit der Arbeiterklasse. Ihnen gegenüber bedeutete dann die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur nur den letzten Schritt zum schrankenlosen Terrorismus. Eine spätere Sprachregelung präzisierte den Standort der Brüning-Regierung als den einer „ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften Diktatur" oder als eine „Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur"[47]. Brüning, stellte ein Leitartikel in der „Roten Fahne" fest, „baut jetzt schon die Maschinerie, deren die offene faschistische Diktatur sich später nur zu bedienen braucht". Eine nicht-marxistische Analyse, obwohl nicht so weitgehend, zielte in die gleiche Richtung. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", ein Organ der Schwerindustrie, schrieb: „Brünings politische Tätigkeit kann man doch

---

[44] S. auch Mammach, S. 664, der aber die finanzielle Unterstützung seitens des Großkapitals in den Jahren 1929–32 stark überschätzt.

[45] Rote Fahne, 3. 10. 1930; Volksrevolution über Deutschland: Rede des Genossen Ernst Thälmann auf dem Plenum des ZK der KPD, 15. 1. 1931, Berlin 1931, S. 29.

[46] Rote Fahne, 19. 4., 8. 8. 1929. „Blutmai" bezieht sich auf Zusammenstöße zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei in Berlin am 1. Mai 1929. Die kommunistischen Demonstrationen waren trotz eines ausdrücklichen Demonstrationsverbots veranstaltet worden; bei ihrer Auflösung ging jedoch die Polizei mit großer Brutalität gegen die Demonstranten vor. In den anschließenden Zusammenstößen wurden 31 Arbeiter getötet. Da das Verbot von der sozialdemokratischen Braun-Severing-Regierung erlassen und der Berliner Polizeipräsident ebenfalls Sozialdemokrat war, sahen die Kommunisten darin einen weiteren Beweis für die unzweideutigen Handlangerdienste, die die SPD dem „Monopolkapital" leiste.

[47] Thälmann (Anm. 46), S. 30.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur dahin zusammenfassen, daß sie ... die Vorfrucht der nationalen Diktatur bedeutet, d. h. er gewöhnt das Volk an die Diktatur und ermöglicht es seinen Nachfolgern, sich zu behaupten unter Hinweis auf ihren Vorgänger."[48] Brüning als das kleinere Übel zu tolerieren, wie das die SPD tat, bedeutete daher nur, der Monopolbourgeoisie Zeit zu gewähren für die weitere Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats und damit Hitler den Weg an die Macht zu bahnen. Es kam also darauf an, dieser Entwicklung ein Ende zu machen und die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen[49].

Die Monopolbourgeoisie galt somit als der „Hauptfeind" der Arbeiterklasse, während die Sozialdemokratie, die dem Monopolkapital die Unterstützung eines Großteils der Arbeiterklasse zuführte, als ihre „soziale Hauptstütze" angesehen wurde. Da der Kapitalismus ohne die Mitwirkung der Arbeiter nicht funktionsfähig war, mußte daher im Kampf mit der Bourgeoisie der „Hauptstoß" gegen die Sozialdemokratie geführt werden. Diese feinen Unterscheidungen konnten jedoch nur verwirrend wirken, um so mehr, als dann auch wieder die Sozialdemokratie in einer Art terminologischer Kurzschrift als „Hauptfeind" oder als „Hauptfeind im Proletariat" bezeichnet wurde[50]. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß, obgleich die Nationalsozialisten als terroristisches Instrument des Monopolkapitals gefährliche Gegner waren, die Unterstützung der Monopolbourgeoisie durch die Sozialdemokratie weit entscheidender war. Nur mit Hilfe der SPD und ihrer Gewerkschaften konnten Monopolbourgeoisie und – mit ihr – die Nazis beseitigt werden. Wie die Dinge lagen, machte es die SPD dank ihrer Tolerierungspolitik jedoch möglich, daß die Brüning-Regierung die Rechte der Arbeiter immer weiter beschnitt. Gleichzeitig, so wurde immer wieder betont, stellte die sozialdemokratische Preußen-Regierung ihren Polizeiapparat in den Dienst Brünings und beide setzten ihn namentlich gegen die Kommunisten ein. Vor allem aber habe die SPD es in der Hand, die Brüning-Diktatur zu beseitigen, wenn sie zusammen mit der KPD die Wirtschaft durch Streiks stillege. Aber

---

[48] Rote Fahne, 18. 10. 1931: auch Zitat bei Ruge, S. 408–409.

[49] Rote Fahne, 8. 8. 1929, 2. 12. 1930. S. auch Ruge, S. 397, 414.

[50] Rote Fahne, 18. 11., 20. 11. 1931; Rundschr. des ZK der KPD, 8. 12. 1931 (Abschr.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Aachen, Nr. 23642. Gelegentlich gaben auch kommunistische Führer zu, daß diese Strategie verwirrend wirkte, ohne daß es gelang, diese Verwirrung zu klären. „Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter von unserem Auftreten den Eindruck bekommen, die Kommunisten seien mehr interessiert an der Bekämpfung der sozialdemokratischen Führer als an der Bekämpfung des Faschismus oder der Offensive der Großbourgeoisie bzw. der Regierung, so werden wir ... sie uns entfremden. Hier gilt es, unseren Kampf so zu gestalten, daß wir strategisch den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten, aber in einer solchen Form, daß wir dabei gleichzeitig mit voller Wucht den Faschismus und die Großbourgeoisie angreifen." So Otto Kuusinen vor dem 12. EKKI-Plenum, zit. bei Weingartner, S. 166 Anm. 477. Wie verwirrend die kommunistische Terminologie war, geht auch aus heutigen Interpretationen der damaligen kommunistischen Taktik hervor. Wenn Heinz Neumann erklärte, die Kommunisten wünschten keinen Bruderkampf mit den Nazis, so sieht Duhnke, S. 21, darin eine Bestätigung seiner These, daß die KPD praktisch eine ideologische Einheitsfront mit der NSDAP bildete. Tatsächlich war Neumann bemüht, nationalsozialistischen Arbeitern klarzumachen, daß die KPD ihre wahre Heimat war.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese Zusammenhänge wurden nie klar gesagt. „Wir sprachen zu den Massen wie zu Parteifunktionären", klagte der KPD-Führer Pieck im Rückblick[51].

Eine ähnliche Verwirrung kennzeichnete die Haltung, die die Kommunisten gegenüber den Nationalsozialisten einnahmen. Auch wenn der Kampf gegen die Sozialdemokraten alle anderen Bestrebungen überschattete, so bleibt doch festzuhalten, daß die KPD ein unerbittlicher Gegner der NS-Bewegung war. Auch nur eine flüchtige Durchsicht der „Roten Fahne" und der Reden der Parteiführer machen das klar. Es gibt jedenfalls keine Beweise, daß die Partei, wie behauptet worden ist[52], damals oder später bewußt auf Hitlers Machtergreifung hingearbeitet habe, und zwar in der Erwartung, daß eine nihilistisch-terroristische Nazi-Regierung der Diktatur des Proletariats den Weg ebnen würde. (Wenn Heinz Neumann und sein Kreis später tatsächlich für eine solche Taktik eintraten, wie man ihnen – ohne überzeugende Beweise – vorwarf, sprachen sie nicht mehr für die Partei[53].) In den unteren Parteirängen sind solche Gedanken wohl ausgesprochen worden[54], aber sie entsprachen nicht der Politik der Parteiführung. Die Behauptung eines Parteifunktionärs im Herbst 1931, „eine sozialdemokratische Koalitionsregierung, der ein kampfunfähiges, zersplittertes, verwirrtes Proletariat gegenüberstände, wäre ein tausendmal größeres Übel als eine offene faschistische Diktatur, der ein klassenbewußtes, kampfentschlossenes, in seiner Masse geeintes Proletariat gegenübertritt", wurde von Thälmann aufs schärfste zurückgewiesen. Ihr Urheber widerrief sie ebenfalls, da keine Garantie bestehe, daß die Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur automatisch zur Einigung des Proletariats führen würde. Darüber hinaus bagatellisiere sie die Gefahr, daß eine solche Diktatur zu ihrer Festigung die Klassenorganisationen des Proletariats zertrümmern würde[55].

Aus der Sicht der Parteiführung waren das aber damals akademische Fragen, auch wenn niemand das offen zugeben konnte oder wollte. Wiederholt war auch davon die Rede, daß der „Hauptschlag" gegen die Nationalsozialisten geführt werden müsse,

---

[51] Pieck, in: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Okt. 1935), hrsg. von Mammach, Berlin (DDR) 1975, S. 130.

[52] Ruge, S. 397, 414; Mammach, S. 672. Thälmann sprach vom „Hauptstoß gegen die Sozialdemokraten bei gleichzeitiger Verstärkung des Kampfes gegen die Nationalsozialisten". Thälmann, Das revolutionäre Deutschland und die KPD, Berlin 1932, S. 83. Duhnke auf Grund fragwürdiger Quellen und Interpretationen, S. 27–28, 35–36; Flechtheim, S. 266–67.

[53] Neumann, nach Weingartner, S. 230 ff.

[54] Mitteilung an BL Schlesien, 28. 4. 1932 (Abschr.), BA, R 45 IV/ vorl. 26; Bericht über Sitzung der BL Ruhrgebiet der KPD, 14. 9. 1932, PolPräs an RegPräs Düsseldorf, 24. 4. 1932, HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, 24. 4. 1932, HStA Düsseldorf (K), Regierung Düsseldorf, M 30671, Bl. 46; Bracher, Auflösung, S. 504; Wilhelm Högner, Der schwierige Außenseiter, München 1959, S. 75.

[55] Thälmann, Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung, Internationale Presse-Korrespondenz (Inprekorr), 1. 12. 1931, S. 2564; Josef Kraus an Sekretariat des ZK, 4. 1. 1932, BA, NS 26, Bd. 810; Bericht über die Sitzung der BL Ruhrgebiet der KPD, 14. 4. 1932 (Anm. 57); Rote Fahne, 22. 5. 1932.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

was weitere Verwirrungen und Streitigkeiten zur Folge hatte. Taktisch war zunächst richtunggebend der Satz: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft."[56]

Aber angesichts des schnellen Anwachsens der NS-Bewegung erwiesen sich Schlägereien als ein zweckloses Kampfmittel. Nur in ideologischen Auseinandersetzungen konnte es gelingen, die „irregeführten" Massen zu überzeugen, daß Hitlers Versprechen unerfüllbar und seine Politik auf Ausbeutung und Krieg gerichtet war. Die Parteileitung wandte sich nunmehr gegen jeden „individuellen Terror" – physische Angriffe auf Nationalsozialisten, Stahlhelmer und andere Nicht-Kommunisten. (Verteidigung gegen Überfälle war andererseits nicht nur erlaubt, sondern wurde verlangt.) Nicht nur bot „individueller Terror" den Regierungen einen Vorwand, die Partei zu verbieten, er erschwerte auch die ideologische Aufklärungsarbeit. Gleichzeitig lenkte er die Arbeiterklasse von ihrer „Hauptaufgabe" ab, Streiks und andere Massenaktionen zu organisieren, und erweckte „abenteuerliche Vorstellungen, als stünde der Entscheidungskampf unmittelbar vor der Tür". Erst im Endkampf um die Macht und zur Sicherung der eroberten Macht war „revolutionärer Terrorismus" zulässig[57].

Die Parteiführung war jedoch nie in der Lage, das Verbot durchzusetzen, und es kam weiterhin zu Schlägereien mit politischen Gegnern[58]. Dazu trug zweifellos der immer wiederkehrende Hinweis auf den herannahenden „Endkampf" und die Organisierung von Kursen in Aufstandstaktik und Waffenbeschaffung und -herstellung bei, obwohl nichts auf die Möglichkeit eines baldigen Aufstandes hindeutete[59]. „Unsere Kameraden diskutieren des öfteren über die bevorstehende Revolution, man hört des öfteren: diesen Herbst geht es los!" klagte im Sommer 1931 ein Rundschreiben des „Kampfbundes gegen den Faschismus", einer der KPD angeschlossenen Organisation. Von einer Erhebung könne aber keine Rede sein, solange die Kommunisten nicht die Betriebe mobilisiert hätten. „Die Betriebe sind der wichtigste Faktor zur Förderung der Revolution und durch Auslösung von Wirtschaftskämpfen zur Schwächung der kapitalistischen Gesellschaft."[60] Die Parteiführung sah nicht, wieviel sie selbst zu diesen Illusionen beitrug.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen, Nationalsozialisten zur KPD herüberzuziehen, verdient auch die Übernahme nationalsozialistischer Rituale Erwähnung. Dabei ist aber Vorsicht geboten, um nicht in die Verschiebung der Akzente einen größeren Umschwung hineinzulesen, als tatsächlich der Fall war. Neu war die Eröffnung von Wahlversammlungen mit Einmärschen und Fahnenweihen. Aber wenn

---

[56] Rote Fahne, 9.11. 1929.

[57] Ebenda, 10.4. 1932; GDA, Bd. 4, S. 558–59; Thälmann, Der revolutionäre Ausweg, S. 76–77.

[58] Rudolf Schlesinger, Erinnerungen eines Zeitgenossen großer Kämpfe (unveröff. MS.), BA, Kl. Erw. Nr. 609–2, Bl. 256, 258, 260–63.

[59] Materialien in BA, R 134/62, Bl. 185 ff.; ebenda, R 134/75, Bl. 93 ff.; R 45/vorl. 21; KPD-Arbeitsplan für September 1931: „Alles für den Endkampf!", HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 17150, Bl. 123; Rote Fahne, 25.7., 1.8. 1931.

[60] Rundschreiben des Kampfbundes gegen den Faschismus, Bergische Verbandsleitung Ruhrgebiet, 9.6. 1931 (Abschr.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 17147, Bl. 108; ebenso Rundschr. des ZK der KPD, 8.12. 1931 (Abschr.); ebenda, Reg. Aachen, Nr. 23642.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ernst Thälmann, der Parteivorsitzende, zum Führer umstilisiert wurde, so geschah das auch in Anlehnung an Praktiken, die in der Sowjetunion auf Stalin angewandt wurden[61]. Die starke Betonung des Nationalen fand ihren bedeutsamsten Ausdruck in der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes", die während des Reichstagswahlkampfes im August 1930 veröffentlicht wurde. Die Erklärung enthielt die üblichen Forderungen nach Verstaatlichung der Großbetriebe, Aufteilung des Grundbesitzes unter landarmen Bauern, einer umfassenden Sozialversicherung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch staatliche Arbeitsplanung, Lohnerhöhung und Senkung von Mieten und der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrsmittel und andere Kommunalleistungen. Vor allem aber verpflichtete das Programm die Partei zur Beseitigung des Versailler „Raubfriedens" sowie aller damit verbundenen Abkommen wie Locarno-Vertrag und Young-Plan; auch wurde die Annullierung aller Reparationen und anderer internationaler Schulden verlangt. Alle diesbezüglichen Vereinbarungen seien Abmachungen des imperialistischen Finanzkapitals, für die das deutsche Volk nicht haftbar gemacht werden könne. Weder die SPD noch die NSDAP als Instrumente der Großbourgeoisie könnten diese Aufgabe jemals erfüllen. Nur die KPD sei fähig, das Volk von seinen inneren und äußeren Lasten zu befreien[62].

Die Erklärung kann nicht einfach als nationalistische Demagogie abgetan werden, wie das geschehen ist[63]; sie enthält nichts, was die KPD nicht immer gesagt hatte. Gerade auch die „nationale" Komponente war nicht neu: Versailles and Young-Plan waren vom Augenblick ihres Abschlusses an als Belastungen des Volkes zugunsten des Großkapitals abgelehnt worden, und auch der Begriff der Nation – im Sinne einer klassenlosen, ethnisch-kulturellen Gemeinschaft – war seit dem „Kommunistischen Manifest" Bestandteil des marxistischen Gedankengutes[64]. Wenn die Erklärung ein opportunistisches Element enthält, so ist es in der Formulierung der Überschrift zu finden: Von nationaler und sozialer Befreiung zu sprechen, widersprach dem marxistischen Axiom, daß eine nationale Befreiung unmöglich sei ohne die vorherige soziale Befreiung, d.h. die Abschaffung der Klassengesellschaft. Bei späteren Bezugnahmen auf das Programm wurde die ideologisch korrekte Reihenfolge der Adjektive gelegentlich herangezogen[65].

---

[61] S. z.B. „Gen. Thälmann spricht", Rote Fahne, 31.8. 1930, 4.Beil.; Beschreibung des „Siegeszugs unseres Führers", ebenda, 18.9. 1930. Daß die Bezeichnung Thälmanns als Führer nicht nur ein Wahlstratagem war, geht auch daraus hervor, daß Pieck noch 1935 auf der sog. Brüsseler Konferenz der KPD von dem im Gefängnis sitzenden Thälmann als dem eigentlichen Führer der Partei sprach; Brüsseler Konferenz, S.134; ebenso Togliatti, ebenda, S.511.

[62] Résumé der Programmerklärung in GDA, Bd.4, S.255ff.

[63] Flechtheim, S.274–76; Duhnke, S.20–21; ebenso James S.Ward, „Smash the Fascists ...", German Communist Efforts to Counter the Nazis, 1930–31, in: Central European History (CEH), Bd.14 (1981), S.38–39.

[64] A.Dorpalen, Marxism and National Unity. The Case of Germany, in: Review of Politics, Bd.39 (1977), S.505ff.

[65] Schlesinger, Bl.222–23. In einem früheren Entwurf der Erklärung war noch von der sozialen und nationalen Befreiung die Rede; BA, NS 26/vorl. 810. Spätere Korrektur: Lagebericht Nr.7/30

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Versuch, potentielle NS-Wähler auf diese Weise der KPD zuzuführen, gelang nur sehr beschränkt: Der Stimmenzuwachs, den die KPD bei den Wahlen vom September 1930 bis zum November 1932 erreichte, erfolgte hauptsächlich auf Kosten der SPD und dank des Zustroms von Erstwählern; allein in den Novemberwahlen von 1932 ging auch eine Anzahl von Nationalsozialisten zu den Kommunisten über[66]. Da ein Großteil dieser Wähler zudem arbeitslos war, trugen die Gewinne wenig dazu bei, die Stellung der KPD in den Betrieben zu stärken – die unumgängliche Vorbedingung eines kommunistischen Sieges.

Die Kommunisten suchten dem Mangel dadurch abzuhelfen, daß sie Arbeitslose in den Streikprozeß hineinzogen. Diesen wurden außerbetriebliche Aufgaben zugewiesen wie Streikposten-Stehen, Verteilung von Flugblättern, Sprechchöre, Kurierdienste und Ablenkungsmanöver, die die Polizei in „betriebsarme" Gebiete lockten, sodaß Streiks in Betrieben leichter ausgelöst werden konnten. Auf solche Weise sollte gleichzeitig den noch beschäftigten Arbeitern die Gewißheit gegeben werden, daß die Erwerbslosen ihnen nicht in den Rücken fallen und ihre Arbeitsplätze übernehmen würden, sollten sie wegen Streikbeteiligung entlassen werden. Auch Frauen und Jugendliche wurden herangezogen; der (kommunistische) Zentrale Vorbereitende Kampfausschuß der Ruhrarbeiter schlug sogar vor, Frauen, „wenn notwendig in Männerkleidung verkleidet", in die Betriebe einzuschleusen, in der Erwartung, daß sie in ihrer Erbitterung über ihre bedrängten Lebensverhältnisse besonders geeignet seien, die noch Zögernden bei Streikbeginn umzustimmen. Aber auch diese Versuche blieben erfolglos. Arbeitslose scheuten ebenfalls vor Zusammenstößen mit der Polizei zurück, wie die Behörden immer wieder feststellten[67].

Streiks sollten vor allem auch die kriegswichtigen Industrien lahmlegen, denn Komintern und KPD waren überzeugt, daß die kapitalistischen Staaten einen Krieg gegen die Sowjetunion planten. Die Niederlage Sowjetrußlands in einem solchen Krieg hätte aber auch das Schicksal der KPD besiegelt, und diese glaubte daher, in ihrem eigenen Interesse alles tun zu müssen, um einen Krieg zu verhindern. Pieck faßte derartige Besorgnisse in einer Rede auf einer ZK-Tagung im Februar 1932 zusammen. Er wies darauf hin, daß es der Partei nicht gelungen sei, Massenstreiks gegen die Brüningsche Notverordnung vom Dezember 1931 mit ihren erneuten Lohnkürzungen und verminderten Sozialleistungen zu organisieren. Wenn aber die Massen nicht einmal dazu gebracht werden konnten, gegen Eingriffe in ihre unmittelbaren Lebensbedingungen zu kämpfen, wie konnten sie dann veranlaßt werden, sich für die Sowjetunion einzusetzen, falls – vielleicht schon vor Sommerende – „der japanische Im-

---

der Polizeidirektion Bremen, 10.9. 1930, StA Münster, PolPräs Bremen (Nachrichtensammlungsstelle), Nr. 52.

[66] Alfred Mielatz, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930–1933; in: Ende der Parteien, S. 786.

[67] KPD-Materialien und Polizeiberichte in StA Münster, Reg. Münster VII–52, Bd. 7–9 (Vorschlag des Zentralen Vorbereitenden Kampfausschusses in Bd. 9); Rundschr. der Bezirksstaffelführung Ruhrgebiet der Erwerbslosen, 17.11. 1931 (Abschr.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 17153, Bl. 82; Rote Fahne, 4.9. 1931.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

perialismus mit Unterstützung des amerikanischen und französischen Imperialismus" die Sowjetunion in einen Krieg hineinzwang? (Der japanische Einfall in die Mandschurei im September 1931 galt als möglicher Auftakt zu einer solchen Offensive.) Vor allem bestand aber auch die Gefahr, „daß der Faschismus in Deutschland zur Macht kommen kann, ohne daß es die Kommunistische Partei vermochte, auch nur ernste Kämpfe auszulösen; wir haben eine Situation, in der es möglich ist, daß die Partei geschlagen wird von den Faschisten, ohne daß es ihr gelingt, die Massen in den Kampf zu führen." Und dann fügte er vielsagend hinzu: „Was das für die Komintern bedeuten würde, kann sich jeder an seinen zehn Fingern abzählen."[68] Die Betonung der Konsequenzen für die Komintern und nicht die KPD wirft ein bezeichnendes Licht auf die existentielle Abhängigkeit der KPD von der Komintern.

Versuche, Bauern und Mittelstand für eine „Volksrevolution" zu gewinnen, hatten ebenfalls wenig Erfolg: ein „Bauernhilfsprogramm" fand wenig Beachtung[69]. Was an kämpferischem Geist fortbestand, entlud sich in Zusammenstößen mit Nationalsozialisten und anderen Gegnern trotz der Mißbilligung „individuellen Terrors" seitens der Parteileitung. Die Anonymität nächtlicher Straßenkämpfe bot besseren Schutz gegen Identifizierung als Werbe- und Organisationstätigkeit in den Betrieben. Zudem scheint auf regionaler Ebene in manchen Fällen Gewaltanwendung gebilligt worden zu sein – ein weiteres Zeichen für den Mangel an Autorität der Führung und die daraus sich ergebenden Verwirrungen[70].

Die Berichte der Regierungsbehörden vermitteln das gleiche Bild unwirksamer Agitationsarbeit und weit verbreiteter Entmutigung. Die Kommunisten machten ihm

---

[68] Thälmann, Das revolutionäre Deutschland, S. 6, 10; RGO (?), Richtlinien für unsere Betriebsarbeit, Frühjahr 1932, BA, R 134/74, Bl. 286; Pieck, S. 1435 ff.

[69] Rote Fahne, 24. 1. 1932, berichtete auf Seite 1 von Hunderten von Vertretern kleiner und mittlerer Bauern, die an einem Bauernkongreß im Januar 1932 teilnahmen, während ein faktischer Bericht über den Kongreß auf einer rückwärtigen Seite der gleichen Ausgabe die Teilnehmer auf „rund 150 Delegierte" bezifferte; s. auch GDA, Bd. 4, S. 315, 370, 545 ff.; über die Reaktion des Mittelstands ebenso die PolPräs-Berichte in HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 30657 e, Bl. 268 ff.

[70] Wieweit die Kommunisten dabei die Angreifer waren, wieweit sie sich nur gegen Überfälle verteidigten, ist schwer zu entscheiden und könnte, wenn überhaupt, nur auf Grund der Akten der örtlichen Polizeistellen festgestellt werden. Eine Durchsicht der Berichte, die beim Oberpräsidenten von Westfalen und bei den Regierungspräsidenten von Düsseldorf und Aachen einliefen, ergab, daß in den Jahren 1929–30 den Nationalsozialisten eine größere Schuld an Zusammenstößen angelastet wurde als den Kommunisten, während nach 1930 die Verantwortung zunehmend den Kommunisten zugeschrieben wurde. Man hat allerdings den Eindruck, daß die Berichterstatter besonders seit der zweiten Jahreshälfte 1932 sich gegen die Verdächtigung als kommunistenfreundlich schützen wollten; StA Münster, Oberpräs. Westfalen, Nr. 5031; HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 17251; Reg. Aachen, Nr. 22987–90, 23631 a. In Bremen dagegen werden in den monatlichen Lageberichten der Polizeidirektion die Kommunisten ausnahmslos als Angreifer bezeichnet; StA Münster, Reg. Münster, VII–2, Bd. 6–7. Über Berlin Hsi-Huey Liang, The Berlin Police Force in the Weimar Republik, Berkeley 1970, S. 102 ff. Ein Bericht der Nachrichtenstelle des RMI vom 31. 5. 1932 fand, daß „fast durchweg" die Kommunisten die Provokateure waren; BA, R 134/33, Bl. 128. Daß die Kommunisten jedenfalls in vielen Fällen die Kämpfe auslösten, ergibt sich auch aus den immer wiederkehrenden Warnungen der oberen Parteiinstanzen gegen „in-

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am wenigsten Sorge, schrieb General Groener, damals zugleich geschäftsführender Reichsinnenminister, an einen Freund[71].

In den Reichspräsidentenwahlen im März-April 1932 erlitten die Kommunisten einen weiteren Rückschlag: Nicht nur blieb Thälmann, ihr Kandidat, weit hinter Hindenburg und Hitler zurück; er erhielt im ersten Wahlgang nur 400 000 Stimmen mehr als bei den Reichstagswahlen im September 1930, um dann im zweiten Wahlgang 1,3 Millionen Stimmen zu verlieren. Die KPD hatte natürlich nicht erwartet, daß Thälmann zum Präsidenten gewählt würde; seine Kandidatur sollte den Massen die Gelegenheit geben, gegen die Hindenburg- und Hitler-Kandidaturen und gegen die Unterstützung Hindenburgs durch die Sozialdemokratie zu protestieren[72]. Aber eine viel kleinere Zahl als erwartet folgte diesem Ruf.

Ebensowenig gelang es der KPD, in den kurz darauffolgenden preußischen Landtagswahlen die Stimmenzahl der Reichstagswahl von 1930 oder auch nur der ersten Reichstagswahl vom März 1932 zu erreichen. Dennoch behauptet die SED-offizielle „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", daß sich im Frühjahr 1932 „der Kampf zwischen der Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften einerseits und den faschistischen Kräften andererseits seinem Höhepunkt näherte". Noch phantastischer sieht der DDR-Historiker Ruge das damalige Deutschland am Vorabend von „gewaltigen antifaschistischen Massenaktionen, die den Imperialismus in Deutschland an den Rand des Abgrundes brachten"[73]. Clara Zetkin beurteilte die Lage seinerzeit illusionsloser: „Die Situation spiegelt leider ein erschreckend niedriges Niveau des proletarischen Klassenempfindens wider, vom klaren Klassenbewußtsein und entschlossener Klassenreife gar nicht zu reden. Den Massen fehlt noch das Verständnis für die elementaren Grundfragen ihrer Verpflichtung, ‚Geschichte zu machen', statt die Geschichte von ihren Klassenfeinden machen zu lassen."[74]

Von einer herannahenden revolutionären Krise, wie sie von der KPD immer wieder angekündigt wurde, konnte in der Tat keine Rede sein, und die Parteiführer wußten das auch. Aber sie konnten es nicht offen zugeben, da die Komintern darauf bestanden, daß die Errichtung der Diktatur des Proletariats infolge der politischen Krise des kapitalistischen Systems in Deutschland bald durchgeführt werden könne[75].

---

dividuellen Terror"; so z.B. Entschließung der Berliner Parteileitung, 10.1. 1932. Über die offizielle Billigung „individuellen Terrors" bei besonderen Gelegenheiten s. Ward, S.39–40, der sich dabei allerdings z.T. auf fragwürdige Quellen stützt.

[71] PolPräs. Recklinghausen, Bericht über Bergarbeiterstreiks, 8.1. 1932, StA Münster, Reg. Münster, VII–52, Bd.9; Oberpräs. der Rheinprovinz, zit. in Nachrichtensammelstelle des RdI und Nachrichtenstelle der Länder, 18.2. 1932, BA, R 134/82, Bl.257–58; PolPräs Essen an RegPräs Düsseldorf, 15., 21.3. 1932, HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr.30671, Bl.40, 43–44; Groener, zit. bei Bracher, Auflösung, S.425.

[72] Rote Fahne, 13.2., 1.3., 13.3. 1932.

[73] GDA, Bd.4, S.324; Ruge, S.414. Dagegen warnte die KPD(O), die in vieler Beziehung weit scharfsichtiger urteilte, bereits im Frühjahr 1932 vor der Machtübernahme; Tjaden, S.296–97.

[74] Zetkin an Reese, 12.5. 1932, Nachlaß Reese, BA, Kl. Erw. Nr.379–1, Bl.36.

[75] Thälmann, Volksrevolution, S.20, 22–23, 31; Rote Fahne, 9.3. 1932, 2. Beil.; Thälmann, in Inprekorr, 1.12. 1931, S.2565. S. auch Pieck, S.1437. Zur Komintern Grundriß, S.428.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Rückschläge führten zu einer – leichten – taktischen Änderung der kommunistischen Strategie. Ende April 1932 veröffentlichten KPD und RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) einen Aufruf, in dem sie alle sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufforderten, gemeinsam mit KPD und RGO eine Einheitsfront gegen Lohn- und Unterstützungsabbau zu bilden. Während der Aufruf die Führer der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) immer noch heftig angriff, erklärten die Unterzeichner nun aber ihre Bereitschaft, „mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will", gemeinsam zu kämpfen. Im Gegensatz zu der bisherigen Taktik wurde hier der Versuch gemacht, nicht nur Einzelpersonen, sondern auch organisierte Gruppen, wenngleich nur auf den unteren Partei- und Gewerkschaftsstufen, auf die kommunistische Seite herüberzuziehen[76].

Einen Monat später schuf dann das ZK die „Antifaschistische Aktion" zur „Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen" und zum Kampf gegen den „Hitlerfaschismus", der durch Streiks und andere Massenaktionen und letztlich durch den politischen Massenstreik von der Machtergreifung ferngehalten werden müsse[77]. Tatsächlich hatte sich jedoch wenig geändert und konnte sich wenig ändern. „Wir lassen über unseren schonungslosen prinzipiellen Kampf gegen die Sozialdemokratie keinerlei Unklarheit", erklärte Thälmann. „Wir wollen weder parlamentarische noch kleinbürgerliche Illusionen züchten ... Wir Kommunisten wollen keine ‚Einheit um jeden Preis' ... Das hieße den Klasseninhalt unserer Politik verleugnen im Interesse der ‚Einheit mit der SPD' und auf Streiks, Erwerbslosenkämpfe, auf Mieteraktionen und auf den revolutionären Massenselbstschutz verzichten."[78]

Die KPD schlug daher niemals direkt eine Einheitsfront mit der SPD und den ihr angeschlossenen Organisationen vor[79]. Als nach Papens Preußen-Coup und Hitlers Ernennung zum Reichskanzler Aufforderungen zu einem Generalstreik an SPD, ADGB und den Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA) gerichtet wurden, waren diese Appelle, wie allgemein übersehen worden ist, eher beiläufig in Aufrufe an die Arbeiterschaft eingebettet, an die „Millionenmassen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter in Stadt und Land wie an

---

[76] Die Schwenkung fiel zusammen mit dem Ausschluß der militanten Heinz-Neumann-Gruppe aus den Führungsstellen der Partei. Es ist hier nicht notwendig, die unklaren und widerspruchsvollen Versionen über diesen Vorgang zu entwirren. S. dazu Beschluß des ZK der KPD, 24.5. 1932, Rundschau über Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, Bd. 2 (1933), S. 542; GDA, Bd. 4, S. 308, 312 ff., 327; „Neumann-Gruppe", Swb, Bd. 2, S. 181–82; Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, Stuttgart 1957, S. 285 ff.

[77] S. dazu und auch zum Folgenden Antifaschistische Aktion.

[78] Ebenda, S. 169; Rote Fahne, 17.6. 1932; Anweisungen des Sekretariats des ZK, Rundschr. Nr. 14, 14.7. 1932, BA, R 134/66, Bl. 48.

[79] Mammach liest ein solches Angebot an das Reichsbanner in ein Rundschreiben des ZK vom 4.6. 1932 hinein. Tatsächlich spricht das Dokument nur von einem Zusammengehen mit den „Reichsbannerarbeitern gegen die SA"; Mammach, Zum antifaschistischen Kampf der KPD, in: Faschismus – Positionen, Probleme, Polemik, hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gottweiler, Berlin (DDR) 1980, S. 331; Rundschreiben in Antifaschistische Aktion, S. 77.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die unorganisierten Arbeitermassen."[80] Die KPD war immer noch überzeugt, daß eine Einheitsfront nur von unten zu schaffen sei, daß aber durch einen Druck „von unten" die SPD und ihre Gewerkschaften, deren Mitwirkung unentbehrlich war, in einen Generalstreik hineingezogen werden konnten.

Es gelang jedoch nicht, einen solchen Druck auf die SPD und die Gewerkschaften auszulösen. Auf örtlicher Ebene fanden zwar die Aufrufe zur Antifaschistischen Aktion erhebliche Zustimmung, und Kommunisten, Sozialdemokraten, Reichsbanner und andere Organisationen bildeten unter schärfster Mißbilligung der SPD-Führung lokale Aktionsausschüsse[81]. Aber es war unmöglich, koordinierte Bewegung unter kommunistischer Führung zusammenzufassen und auf die Ereignisse des 20. Juli 1932 und des 30. Januar 1933 Einfluß zu nehmen.

IV

Die SPD-Führung hielt ihrerseits daran fest, die Krise parlamentarisch zu lösen. Ihre Hoffnung galt den Reichstagswahlen, die die neu ernannte Papen-Regierung auf den 31. Juli 1932 angesetzt hatte. Aber selbst auf parlamentarischer Ebene weigerte sich die SPD, mit der KPD zusammenzuarbeiten, und zog wie das Zentrum die Wahl eines nationalsozialistischen Präsidenten im preußischen Landtag der Wahl eines republikanischen Kandidaten mit kommunistischer Unterstützung vor. In dem gleichen Bestreben, der Papen-Regierung keinen Anlaß zum Einschreiten in Preußen zu geben, verbot der sozialdemokratische preußische Innenminister Severing auf Verlangen des Reichsinnenministers den „Vorwärts", sein eigenes Parteiblatt, auf fünf Tage wegen angeblicher Beschimpfung der Reichsregierung. Und als die Kommunisten im preußischen Landtag die Aufhebung des Verbots beantragten, enthielt sich die SPD-Fraktion der Stimme[82]. Ein ZK-Rundschreiben behauptete damals, daß die SPD vom Finanzkapital weiter als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie eingesetzt werde[83]. Wenn auch diese Beschuldigung den Tatsachen ins Gesicht schlug, so hätte eine solche Strategie der SPD, wäre sie tatsächlich verfolgt worden, kaum wirksamer sein können. Unter diesen Umständen erwies sich ein Zusammengehen von KPD und SPD für beide Seiten als weiterhin unmöglich.

Die Entscheidung, wie die Linke auf Papens „Preußenschlag" reagieren sollte, lag angesichts der gegebenen Kräfteverteilung zwischen den beiden Parteien bei der SPD

---

[80] Antifaschistische Aktion, S. 193–94, 354–56. Mammach macht das nicht klar. Die Überschrift des Aufrufes von 20.7. 1932 (Antifaschistische Aktion, S. 193) „Appell des ZK der KPD vom 20. Juli 1932 an die SPD, den ADGB, den Afa-Bund und alle deutschen Arbeiter" ist irreführend. Das Angebot an die SPD stellte daher auch nicht eine selbständige Initiative gegenüber der Komintemstrategie dar, die Weingartner, S. 144, in ihr sieht. S. auch die Proteste der SPD-Führung gegen solche Zusammenschlüsse; Antifaschistische Aktion, S. 78, 185 ff.

[81] GDA, Bd. 4, S. 340–42, 344–45 und passim.

[82] Fülberth/Harrer, S. 230, 246.

[83] Rundschreiben vom 4.6. 1932, bei Bahne, S. 73.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und dem ADGB[84]. Tatsächlich war diese Entscheidung schon lange vor dem eigentlichen Staatsstreich gefallen, als weder Partei noch Gewerkschaften oder die preußische Staatsregierung Vorkehrungen gegen Papens Vorgehen trafen, obwohl ihnen die Absichten des Kanzlers seit Wochen bekannt waren[85].

In diesem Zusammenhang ist die Frage, ob die preußische Regierung der Intervention des Reiches hätte erfolgreich Widerstand leisten können, immer wieder erörtert worden. Sie ist natürlich nicht eindeutig zu beantworten, aber sie ist auch historisch irrelevant. Selbst wenn die Braun-Severing-Regierung sich auf ihrem Posten hätte halten können, so hätte sie damit kaum etwas erreicht. Sie verzichtete auf Widerstand nicht nur, weil sie sich unterlegen fühlte und nutzloses Blutvergießen vermeiden wollte, sondern auch, weil sie kein klares Kampfziel vor sich sah[86]. Das Ministerium hatte nur noch geschäftsführende Kompetenz, da in dem neu gewählten Landtag eine Mehrheit für ein anderes Kabinett sich nicht zusammengefunden hatte. Wäre also die Ausführung der Präsidialverordnung, die den Preußen-Coup sanktionierte, verhindert worden, so hätte dies nur zur erneuten Legitimierung des geschäftsführenden Ministeriums, aber zu keiner Dauerlösung geführt. (Daß ein solcher Sieg zweifellos zu Papens Entlassung durch den stets auf sein Prestige bedachten Hindenburg und zur Ernennung einer weniger konservativen Regierung geführt, neue Landtagswahlen zur Folge gehabt und seinen Niederschlag in den bevorstehenden Reichstagswahlen gefunden hätte, scheint nicht in Betracht gezogen worden zu sein.) Ihre eigenen Erwägungen, die Braun und Severing damals und später zu ihrer Rechtfertigung anführten, entsprachen der Hilf- und Ziellosigkeit der beiden Minister[87]. Wie ihre Partei wußten diese Männer nicht mehr, wofür sie sich einsetzen sollten, und so waren sie nicht nur kampfunlustig, sondern auch amtsmüde. Braun war bereits viele Wochen zuvor auf Krankheitsurlaub gegangen, und Severing hatte wiederholt erklärt, daß er an seinem Posten nicht hänge und bereit sei, zurückzutreten, sobald ein Nachfolger gefunden sei. Wenn sie dabei die volle Zustimmung des Parteivorstandes hatten, so spielte bei diesen Entscheidungen zweifellos auch die traditionelle Scheu vor einer Regierungsbeteiligung mit, die die SPD immer wieder aus der hart bedrängten Reichsregierung heraushielt und sich nun auch auf Preußen auswirkte.

Dazu kam die Furcht vor den Kommunisten. Wie Wels rückblickend schrieb, bestand bei einem Generalstreik die Gefahr, daß die Kommunisten die Führung an sich reißen und durch die Maßlosigkeit ihrer Forderungen Verwirrung schaffen und den Streik diskreditieren würden[88]. Die Erinnerung an die Situation nach dem Kapp-Putsch wirkte abschreckend: Damals hatten die Arbeiter nach ihrem erfolgreichen Streik die Früchte ihres Sieges nicht ernten können, da die damalige USPD sich gegen die SPD wandte. Aber auch diese Parallele besagte nur, daß die weit besser orga-

---

[84] Das übersieht Bahne, S. 26; irrig auch Flechtheim, S. 282–83.
[85] Matthias, S. 128 ff.; Bracher, Auflösung, S. 574 ff.; Heer, S. 60 ff.
[86] Matthias, S. 142; Adolph, S. 244–45.
[87] Breitman, S. 187–88; Matthias, S. 127; Grzesinski, ebenda, S. 225–26.
[88] Wels, „Aufzeichnung zum 20. 7. 1932", o. D., in: Anpassung, S. 7 ff.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nisierte und disziplinierte SPD sich in Ermangelung konkreter Ziele nicht zutraute, die Agitation der kleineren und organisatorisch schwächeren KPD abzuwehren. Es schien sicherer, sich mit der Anrufung des Staatsgerichtshofes zu begnügen – tatsächlich mehr zur persönlichen Rehabilitierung der Minister, denen Pflichtversäumnis und Unfähigkeit vorgeworfen worden war, als in der Hoffnung auf gerichtliche Aufhebung der Papenschen Eingriffe. Durch sorgfältiges Verbleiben „auf dem Boden der Verfassung" sollte außerdem alles vermieden werden, was der Reichsregierung als Vorwand zum Verbot der bevorstehenden Reichstagswahlen dienen konnte. (Tatsächlich lag Papen ein solches Wahlverbot vollkommen fern, schon weil er es nicht wagen konnte, die Nationalsozialisten gegen sich aufzubringen[89].) In völliger Verkennung der Volksstimmung erwartete die SPD sogar einen erheblichen Stimmenzuwachs – als Ausdruck der Mißbilligung des verfassungswidrigen Verhaltens der Papen-Regierung[90]. Darüber hinaus hatte sie keine bestimmten Vorstellungen über ihr weiteres Vorgehen. Sie veröffentlichte – nach den Wahlen! – ein Programm, das die Sozialisierung wichtiger Wirtschaftszweige (Bergbau, Eisenindustrie, Großchemie, Großbanken) und auch Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung enthielt – in jeder Beziehung eine unrealistische Pflichtübung, die auch keinerlei Beachtung fand[91].

Das Verhalten der SPD besagt auch viel über ihr Demokratieverständnis. In ihren Bemühungen um die Erhaltung von Demokratie und Parlamentarismus bezog sich die Parteiführung nicht auf ein substantielles politisches Programm, sondern sah in diesen Begriffen einen Mechanismus, der die Entwicklung offenließ und es damit der SPD möglich machte, zu gegebener Zeit ein Programm, das den Interessen ihrer Anhängerschaft entsprach, auszuarbeiten und durchzuführen[92].

Zunächst blieb sie auch weiterhin konzeptions- und planlos[93]. Nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 besprach der Parteiausschuß, welche Fragen die Partei aufwerfen sollte, falls es im neuen Reichstag zu einer Debatte käme. Es bestand allgemeines Einverständnis, daß es von größter Wichtigkeit wäre, eine Aussprache zu veranstalten, bevor der Reichstag wieder aufgelöst würde. Breitscheid, der Fraktionsvorsitzende, betonte die Bedeutung einer solchen Debatte: „Nur auf demokratischer Grundlage hat die sozialdemokratische Agitation Aussicht auf Erfolg. Dafür zu sorgen, daß uns die Demokratie nicht verloren geht, muß die Aufgabe der Fraktion für die nächste Zukunft sein." Aber trotz der angeblichen Dringlichkeit dieser Aufgabe traf der Ausschuß keine Entscheidung über ein mögliches Aussprache-Thema[94].

---

[89] Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1977, S. 750–51.

[90] Dorpalen, Hindenburg, S. 327–28.

[91] Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, Offenbach 1947, S. 639; Gates, S. 219 ff.

[92] Braun, zit. bei Matthias, S. 130; Vogel, zit. ebenda, S. 202; Wels, zit. bei Hebel-Kunze, S. 238–39; Vorwärts, 11. 11. 1931 (M). S. aber auch Toni Sender in: Anpassung, S. 56, die auf die Inhaltslosigkeit der Demokratieformel hinwies. Dazu die scharfsinnige Analyse von Breitman, S. 114 ff.

[93] Carl Mierendorff, Der sozialistische Weg, in: Sozialistische Monatshefte, Bd. 38 (1932), S. 989 ff.; Schulze, Anpassung, S. XIX.

[94] SPD-Parteiausschußsitzung, 10. 11. 1932, in: Anpassung, S. 47.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tatsächlich sah die SPD die Aufgabe nicht mehr als ganz so dringlich an. In den Novemberwahlen hatte die NSDAP einen scharfen Rückschlag erlitten, und eine Reihe von Kommunalwahlen in den folgenden Wochen brachte ihr weitere Verluste. Ziel- und ideenlos beschränkten sich die SPD-Führer darauf, Papen und seinem Nachfolger Schleicher ihre Opposition zum Ausdruck zu bringen und vor jeder weiteren Verfassungsverletzung zu warnen. Ebenso mißbilligten sie die Bereitschaft des ADGB, Schleicher entgegenzukommen. Die Haltung, die die Partei den Kommunisten gegenüber einnehmen sollte, scheint sie viel intensiver beschäftigt zu haben als das Problem des Nationalsozialismus[95].

Angst vor den kommunistischen Rivalen in den Gliedern, mißtrauisch gegenüber Schleicher, dem Organisator des Preußen-Coups, der allerdings der einzige war, der überhaupt noch mit ihnen verhandeln wollte, völlig außerstande, die tatsächlichen Machtverhältnisse einzuschätzen, änderten die Führer der SPD ihre Einstellung auch nicht, als sie erfuhren, daß in Hindenburgs Umgebung Schritte unternommen wurden, hinter Schleichers Rücken, Hitlers Ernennung zum Kanzler zu arrangieren. Dagegen warnten sie Schleicher – mit Ausnahme Otto Brauns, der aber nur für sich, nicht für die Partei sprach –, daß sie jeden Versuch, einen Staatsnotstand zu proklamieren und ohne Reichstag zu regieren, um Hitler nicht an die Macht kommen zu lassen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (welche!) bekämpfen würden. (Schleicher nahm diese Warnung allerdings nicht sehr ernst und bat Hindenburg um die nötigen Vollmachten, die der Präsident ihm jedoch versagte[96].)

Das Verhalten der SPD nach Hitlers Ernennung zum Kanzler entsprach ihrer bisherigen Einstellung. In einer Reihe von Vorstandssitzungen ging es um die nun einzuschlagende Taktik. Die üblichen Themen wurden erörtert – Streiks und andere außerparlamentarische Aktionen, Einheitsfront mit der KPD, Abwarten. Die Mehrheit entschied sich für die letztere Alternative. Was das praktisch bedeutete, brachte Breitscheid in einer Ansprache vor dem Parteiausschuß zum Ausdruck, die den Titel „Bereit sein ist alles!" trug. Er führte aus, daß man, solange Hitler keine Verfassungsverletzung begehe, seine Regierung als eine verfassungsmäßige behandeln müsse. Es komme andererseits darauf an, für den Augenblick eines Verfassungsbruches gerüstet zu sein. „‚Dann ist es zu spät', wird man sagen, ‚dann hat die Regierung inzwischen die Möglichkeit gehabt, unseren Aktionen Schranken zu setzen'. Aber wenn wir heute etwas unternehmen: Glaubt Ihr, daß nicht in derselben Minute von Seiten der Regierung alles geschehen würde, um uns durch das Verbot von Zeitungen und Versammlungen, durch Hindernisse aller Art unsere Aktionsfähigkeit zu rauben."[97]

---

[95] Ebenda, S. 16, 71; Hilferding, zit. bei Breitman, On German Social Democracy and General Schleicher 1932–33, in: CEH, Bd. 9 (1976), S. 369, 376.

[96] Ich folge hier Breitman (Anm. 98), der gewisse Unstimmigkeiten in den Quellen über die Besprechungen zwischen Breitscheid und Schleicher m. E. überzeugend geklärt hat. S. auch Bracher, Auflösung, S. 684–85; Stampfer, S. 656 ff.; Koszyk, S. 207–208.

[97] Sitzungsprotokolle in: Anpassung, S. 131 ff. (Breitscheid, S. 145–46); Hebel-Kunze, S. 81 ff.; Adolph, S. 263.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit diesem Eingeständnis völliger Hilflosigkeit war der Untergang von Republik und Partei besiegelt. Dem entsprach auch das Verhalten der Parteileitung, die eben nichts unternahm, um für den Kampf gegen einen Verfassungsbruch gerüstet zu sein – letztlich, weil sie wiederum kein klares Kampfziel hatte. Sie konzentrierte sich auf den angekündigten Wahlkampf zu einem neuen Reichstag; es war das einzige Ziel, das der Parteivorstand noch aufstellen konnte, als die quälende Frage nach Zielen erhoben wurde. Die Gewerkschaften, die allein einen direkten Druck auf die Regierung hätten ausüben können, gingen zudem ihren eigenen Weg und versuchten – vergebens –, sich mit Hitler zu arrangieren[98]. Die Rede, mit der der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels im neuen Reichstag noch einmal für die Ideale der SPD eintrat, konnte nicht mehr als eine mutige Geste sein. Wie Wels selbst sagte, waren machtpolitische Tatsachen nicht durch bloße Rechtsverwahrungen zu beseitigen, und mehr konnten die Sozialdemokraten nicht mehr tun und hatten sie seit Jahren nicht mehr getan[99].

Für die KPD sahen die letzten Monate der Weimarer Republik zunächst verheißungsvoller aus. Die Reichstagswahlen im Juli 1932 brachten ihr einen Gewinn von 700 000 Stimmen. Wichtiger, vom Standpunkt der Partei aus gesehen, war jedoch die Tatsache, daß ein paar Wochen später die Arbeiterschaft sich mit einer Welle von Streiks weiteren Lohnkürzungen widersetzte. Die Kommunisten nahmen für sich in Anspruch, die Streiks ausgelöst zu haben, und DDR-Historiker haben diese Behauptung übernommen[100].

Wie weit dies zutraf, ist jedoch ungeklärt. Zunächst fällt auf, daß auf Parteikonferenzen weiterhin über mangelnde Betriebsorganisation, über fehlende Zusammenarbeit zwischen Betriebsarbeitern und Arbeitslosen und über Lippenbekenntnisse, denen keine Taten folgten, geklagt wurde[101]. Beobachtungen der Behörden bestätigten dieses Bild innerparteilicher Lethargie[102], und die bitteren Kritiken an der KPD auf der 12. EKKI-Tagung im September 1932 zeichneten ein ähnliches Bild[103]. Für Hamburg ist eine Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, daß die Streiks in vielen Fällen nicht von den Kommunisten initiiert oder, wenn von ihnen ausgelöst, nicht von

[98] Heer, S. 101 ff.; Adolph, S. 252–53.

[99] Wels Rede bei Adolph, S. 260 ff.

[100] GDA, Bd. 4, S. 365 ff.; Ruge, S. 449 ff.; Grundriß, S. 440. S. auch Heer, S. 66–67.

[101] Bericht über die Agitprop-Konferenz der KPD, 16. 9. 1932, Nachrichtensammelstelle des RdI, BA, R 134/84, Bl. 153; RGO-Rundschr. „Richtlinien für die Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften", o. D. (Abschr.), Anlage zu PolPräs Bochum an den RegPräs Münster, 15. 12. 1932 (Abschr.), StA Münster, Reg. Münster, VII–1, Bd. 4; Ulbricht vor dem Berlin-Brandenburger Bezirksparteitag, in: Rote Fahne, 23. 11. 1932.

[102] PolPräs Bochum an Oberpräs Westfalen, 22. 10. 1932 (Abschr.), StA Münster, Reg. Münster VII–I, Bd. 4; RegPräs Düsseldorf an Oberpräs Rheinprovinz, 29. 11. 1932 (Entw.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 30657 g, Bl. 338. S. auch Frankf. Ztg., 5. 11. 1932 (2. M.). Daß „bei einer Reihe von Aktionen" Funktionäre der freien und christlichen Gewerkschaften die Führung hatten, wird auch von der DDR-Historikerin Erika Kücklich zugegeben: Streik gegen Notverordnungen! Zur Gewerkschafts- und Streikpolitik der KPD im Sommer und Herbst 1932, in: BzG (1971), S. 467.

[103] Inprekorr., 17. 1. 1933, S. 204–205 (Kuusinen), 18. 1. 1933, S. 256–58 (Manuilski).

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihnen geleitet wurden. Der Leiter des zuständigen KPD-Bezirks Wasserkante klagte damals über die Lage in Hamburg: „Wir führten dort nicht die Massen, sondern liefen hinter ihnen her."[104] Ähnlich hält ein Bericht des Polizeipräsidenten von Bochum die kommunistischen Behauptungen über die Führungsrolle der RGO für „stark übertrieben". Der Bericht zitiert auch eine Entschließung des Reichskomitees der RGO, die betont, daß es im allgemeinen nicht gelungen sei, Betriebsgruppen und Rote Betriebsräte als die mobilisierenden und vorwärtstreibenden Kräfte bei den Streikkämpfen einzuspannen[105].

Vor allem aber entsprachen die Streiks auch nicht den kommunistischen Erwartungen, die auf die Großbetriebe gerichtet waren; allein deren Stillegung hätte möglicherweise zu einem politischen Massenstreik führen können. Die Fähigkeit, Großbetriebe zu bestreiken, war auch wichtig, um den erwarteten Krieg gegen die Sowjetunion zu verhindern. Aber kaum ein kriegswichtiges Unternehmen und vor allem auch keine Schlüsselbetriebe in Bergbau und Chemie, noch Eisenbahnen oder Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurden von der Streikwelle erfaßt. Großbetriebe waren nur vom Hamburger Hafenarbeiter- und vom Berliner Verkehrsstreik betroffen[106].

Was in marxistischen Veröffentlichungen ganz unerwähnt bleibt, ist die Rolle, die Nationalsozialisten in diesen Streiks spielten. So berichtete die „Frankfurter Zeitung", daß die Nationalsozialisten „in der vordersten Reihe der Rufer zum Streik" zu finden seien und sogar zum Generalstreik drängten[107]. Im Gau München-Oberbayern ermahnte der dortige Gauleiter jeden NS-Arbeiter, es sei seine Pflicht, einen wegen Lohnkürzungen entstandenen Streik „bis zum Äußersten" zu unterstützen. Gleichzeitig warnte der Gauleiter NS-Arbeitgeber, sie würden aus der Partei ausgeschlossen, sollten sie auf Grund der letzten Papenschen Notverordnung einen Lohnabbau vornehmen[108]. Die NS-Beteiligung am Berliner Verkehrsstreik Anfang November 1932 ist der bekannteste Fall nationalsozialistischer Intervention.

Was die Freien Gewerkschaften betrifft, scheinen sie keine einheitliche Haltung eingenommen zu haben, obgleich die ADGB-Führung die Streiks mißbilligte. Auf örtlicher Ebene übernahmen sie wiederholt die Streikleitung, in anderen Fällen duldeten sie die Streiks, oft unter dem Druck ihrer Mitglieder, wobei kommunistische Einflüsse sicher nicht ohne Bedeutung waren[109].

---

[104] Ingo Kleinkamp, KPD und Faschismus – die Parteipolitik der KPD zwischen 1928 und 1933 unter Berücksichtigung des Bezirks Waterkante, Examensarbeit 1977, StA Hamburg, Handschriftensammlung, Nr. DCCCLXIV, S. 30–32 (Zitat auf S. 31).

[105] PolPräs Bochum, 30. 12. 1932, StA Münster, Reg. Münster, VII–1, Bd. 4.

[106] Rote Fahne, 20. 11. 1932; Bleikamp, S. 44.

[107] Frankft. Ztg., 21. 9. 1932 (2. M.), 1. 10. 1932 (2. M.), 5. 10. 1932 (2. M.), 14. 10. 1932 (A/1. M.), auch 4. 11. 1932 (2. M.). Über die Rolle der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) so auch Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover 1958, S. 39–40.

[108] Frankft. Ztg., 29. 9. 1932 (A/1. M.).

[109] Ebenda, 24. 9. 1932 (A/1. M.), 1. 10. 1932 (2. M.), 4. 10. 1932 (A/1. M.). S. auch die Erklärung der Bundesausschutzsitzung des ADGB, ebenda, 7. 10. 1932, 9. 10. 1932 (A/1. M.).

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 6. November 1932, die der KPD einen weiteren Zuwachs von fast 700 000 Stimmen brachten, wurden daher seitens der Parteiführung recht nüchtern beurteilt – trotz aller Hinweise auf den unaufhaltsamen revolutionären Umschwung. Das ZK rief sofort wieder zu erneuten Bemühungen um eine Einheitsfront auf[110]. (Die Angriffe auf die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten und soziale Hauptstütze des Monopolkapitals wurden trotzdem unvermindert fortgesetzt[111].) Gleichzeitig wies die „Rote Fahne" alle Hinweise auf das Abflauen der Wirtschaftskrise als bourgeoise Betrugsmanöver zurück. (Der DDR-Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski berichtet in seinen Memoiren, daß er sich beinahe ein Parteiverfahren „wegen revisionistischem Defätismus" zuzog, weil er in einem Aufsatz die Möglichkeit eines Krisenendes für 1932 angedeutet hatte. Er entging dem Verfahren, indem er versprach, keine weiteren Prognosen hinsichtlich des Endes der Wirtschaftskrise zu machen[112].) Aber die alten Probleme drängten sich immer wieder auf: nachlässige Funktionärsarbeit, Unzugänglichkeit der beschäftigten Arbeiter, die Unmöglichkeit, die Mehrzahl der KPD-Wähler zu aktiven Parteiarbeitern zu machen. Wieder zeichneten Parteidiskussionen und Behördenberichte das gleiche Bild. Tjaden charakterisierte die Partei zutreffend, wenn er sie mehr als eine Auffangstation radikalisierter, aber politisch indifferenter Erwerbslosenmassen denn als revolutionäre kommunistische Massenpartei bezeichnete[113].

Nach außen hielt die Partei an ihrem Wunschbild eines unaufhaltsamen revolutionären Vormarsches fest. Papens Rücktritt, nachdem die November-Wahlen ihm wieder keine Majorität gebracht hatten, wurde als ein Erfolg der „proletarischen Offensive" gefeiert, erzwungen durch die „Sechsmillionenfront des Kommunismus". Hitler sei nicht Papens Nachfolger geworden, weil man befürchte, daß eine Hitler-Regierung „den brodelnden Vulkan der revolutionären Gärung zum offenen Ausbruch bringen würde". (Aber in nüchterner Einschätzung der wahren Situation wurden auch weiterhin keinerlei Vorbereitungen zu einem Aufstand getroffen[114].) Das Schleicher-Kabinett galt als ein Versuch der herrschenden Schichten, ihre Arbeiterschaft erneut mit parlamentarischen Illusionen zu verwirren und die „Massenkraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft an die faschistische Diktatur zu ketten und sie der aufbrandenden Streikwelle entgegenzuwerfen"[115]. Aber die Parteiführung war auch überzeugt, daß nach dem Stimmengewinn der KPD die Bourgeoisie die

---

[110] Rote Fahne, 19. 11. 1932, ebenso 16. 10. 1932.

[111] Bericht der Polizeidirektion Bremen, 7. 12. 1932, StA Münster, PolPräs Bochum (Nachrichtensammelstelle), N. 19.

[112] Rote Fahne, 20. 11. 1932, 1. 1. 1933, 6. 1. 1933; Jürgen Kuczynski, Memoiren, Berlin/Weimar 1975, S. 224 ff.

[113] Rote Fahne, 18. 11. 1932; RegPräs an Oberpräs Rheinprovinz, 22. 11. 1932 (Entwurf), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 30671, Bl. 371, 385; RegPräs Aachen an Oberpräs. Rheinprovinz, 16. 12. 1932 (Entw.), ebenda, Reg. Aachen, Nr. 23643; Tjaden, S. 246.

[114] Thälmann an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, o. D. (zwischen 1933 und 1936), in: Lothar Berthold, Unbekannte Dokumente Ernst Thälmanns aus dem faschistischen Kerker, in: BzG, Bd. 6 (1964), S. 464–67; GDA, Bd. 4, S. 455–56.

[115] Rote Fahne, 18. 11. 1932, 25. 11. 1932, 14. 12. 1932.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Terrororganisation der NSDAP um so nötiger brauchte. Thälmann sah daher in der Schleicher-Regierung ein Platzhalterkabinett, dem infolge des erstarkenden proletarischen Angriffs bald eine Hitlerkoalition oder Hitlerregierung folgen werde[116]. Hier hatte er einmal recht. Es war gerade der Rückschlag der NSDAP in den November-Wahlen, der jene Bestrebungen in Industrie- und Bankkreisen (Petition an Hindenburg zwecks Hitlers Ernennung zum Kanzler) mobilisierte[117]. Dennoch versuchte die KPD nicht, sich der SPD zu nähern, um diesen Schritt abzuwehren; die SPD wiederum bewegte sich nicht um einen Zentimeter auf die KPD zu.

Damit wurde praktisch auf die schärfste Waffe verzichtet, über die die Arbeiterschaft verfügte – den Generalstreik. Denn wie immer wieder betont worden war, setzte ein solcher Streik die Führung der Betriebsarbeiter voraus, und diese Führung lag beim ADGB. Wenn überhaupt, dann hätte die Hitler-Regierung, die am 30. Januar 1933 ernannt wurde, nur mit einem Generalstreik bekämpft werden können; Hitler selbst sah in einem Generalstreik die einzige wirkliche Gefahr für seine Regierung[118].

Die KPD allein war außerstande, ihn zu organisieren; ihr Versuch, SPD und Freie und christliche Gewerkschaften nach Hitlers Ernennung zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen, war aber wenig überzeugend: Der entsprechende Aufruf vom 30. Januar wandte sich, wie der vom 20. Juli 1932, zunächst an „Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter" und dann erst in einem kurzen Absatz „vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit ... zugleich an den ADGB, den Afa-Bund und die SPD und die christlichen Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenberg, Papen ... durchzuführen". Danach appellierte der Aufruf erneut an die „Millionmassen" der gewerkschaftlich organisierten wie der unorganisierten Arbeiter, „den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik" zu organisieren und sich um die KPD und die RGO zu scharen[119]. Infolge der Untätigkeit von SPD und ADGB geschah jedoch nichts; einige Streikversuche auf örtlicher Ebene mußten wirkungslos bleiben[120].

Lange Jahre hatte die Partei vor dem Terrorismus einer faschistischen Diktatur gewarnt[121], doch sie glaubte ihren eigenen düsteren Prophezeiungen nicht und gab sich der Hoffnung hin, in begrenztem Rahmen legal weiter wirken zu können – Pieck sprach später von „Legalitätsillusionen". Dazu mag die vielfach unterschiedslose Be-

---

[116] Ebenda, 18.11.1932; Thälmann-Rede in Antifaschistische Aktion, S. 320.

[117] Dorpalen, S. 356–58; Schneider, S. 111 ff.

[118] Protokoll der Kabinettssitzung, 30.1.1933, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internat. Militärgerichtshof, Nürnberg 1947, Bd. 25, S. 374–75.

[119] Aufruf der KPD vom 30.1.1933 in Antifaschistische Aktion, S. 354–56.

[120] HStA Düsseldorf (K), Reg. Aachen, Nr. 23631; Rote Fahne, 3., 4.2.1932.

[121] S. z. B. Rote Fahne, 8.10.1930 (Die faschistische Diktatur „ist das qualvollste Joch für die Arbeitermassen, der blutigste Terror gegen alle Freiheitskämpfer, die Gewaltherrschaft eines kleinen Häufleins über das ganze Volk"), 2.12.1930 („Faschismus bedeutet grausamste Gewaltanwendung gegen die unterjochte Mehrheit des Volkes ...").

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeichnung der Brüning-, Papen- und Schleicher-Regierungen als faschistisch beigetragen haben; das erweckte den Eindruck, daß der Faschismus wohl doch nicht so brutal vorgehen werde, als man befürchtet hatte. So forderte ein Rundschreiben des Bezirkskomitees Ruhrgebiet vom 1. Februar 1933 den „politischen Massenstreik" gegen die Hitler-Regierung, der durch verstärkte innergewerkschaftliche Arbeit, unterbezirkliche Oppositionskonferenzen, Herausgabe von Betriebszeitungen und Flugblättern, intensivere Agitation für Einheitsausschüsse u.s.w. vorzubereiten sei. Wie Thälmann später in charakteristischer Selbsttäuschung schrieb, bestand damals keine unmittelbare revolutionäre Situation, die Vorbereitungen zu einem Aufstand gerechtfertigt hätte, dagegen aber ein „beschleunigtes Heranreifen" der revolutionären Situation[122].

Die Nationalsozialisten machten solche Aktivitäten schnell unmöglich. Auf den unteren Funktionärsebenen wurde es zudem immer schwieriger, Ersatz für Posten zu finden, die durch Verhaftungen, Flucht oder Rücktritt frei geworden waren[123]. Fast völlig unvorbereitet auf den Terror, der das Land nun befiel, wurden große Teile der Parteiorganisation zerschlagen oder sie zerbröckelten unter dem wachsenden Druck. Die Partei erwies sich als ebenso unfähig, die Hitler-Diktatur zu bekämpfen – das bedeutet keine Herabsetzung jener kleinen Gruppen, die einen außerordentlichen Mut zeigten –, wie sie schon nicht imstande gewesen war, diese Diktatur zu verhindern. Die damalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Maria Reese erinnert sich, Wilhelm Florin, ein Politbüro-Mitglied, am Tage des Reichstagsbrandes gefragt zu haben, was nun geplant sei. Florins ratlose Antwort war: „Ja, wenn die Arbeiter nicht kämpfen ..." Frau Reese bemerkt dazu: „Die Generale warteten auf die Befehle der Soldaten."[124] Tatsächlich hatte Florin nicht unrecht. Ein Generalstreik kann nur mit streikbereiten Arbeitern durchgeführt werden. Anders als beim Kapp-Putsch war jedoch nur ein Bruchteil der Arbeiter, der kommunistischen wie der sozialdemokratischen, gewillt zu handeln.

V

So verharrten SPD und KPD in hilfloser Ohnmacht. Die Sozialdemokraten hielten bis zum letzten Augenblick daran fest, daß nur ein legaler politisch-parlamentarischer Vormarsch sie zu einer sozial gerechten Gemeinschaft führen werde, während die Kommunisten in einer sozialökonomischen außerparlamentarischen Umwälzung die Lösung der Krise sahen. Beide Parteien waren zugleich überzeugt, daß ihre spezifische Lösung unabweisbar war – die Sozialdemokraten in ihrem vagen Glauben an die

---

[122] Pieck, auf Brüsseler Konferenz, S. 122, 132; Schlesinger, Bl. 311 ff.; Geyer, S. 33; Rundschr. des Bezirkskomitees Ruhrgebiet der RGO, 1. 2. 1933 (Abschr.), StA Münster, Reg. Münster VII–1, Bd. 4; Rundschr. der KPD, Bezirksleitung Ruhrgebiet, 15. 2. 1933, ebenda, KPD und kommunistische Verbände, Nr. 1, Bl. 10–11.

[123] S. z. B. Materialien in StA Münster, Reg. Münster, VII–1, Bd. 4.

[124] Reese, Auf dem Wege. Lebenserinnerungen (unveröff. MS), BA, Kl. Erw. Nr. 379–4, Bl. 23.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

natürliche Evolution zum Sozialismus[125], die Kommunisten in ihrer Auffassung, daß die „objektiven Widersprüche" zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen mußten. Ferner waren sie der Meinung, daß das Selbstinteresse die Arbeiter zu einer revolutionären Lösung ihrer sich ständig verschlechternden Lage treiben werde. Gerade das aber geschah nicht; die Großzahl derer, die ihre Stimme den Kommunisten gaben, glaubten damit alles getan zu haben, was in ihrem Vermögen lag. Darüber hinaus überließen es die meisten der Parteiführung, alles weitere zur Verbesserung ihrer Lage zu tun. Wer aktivistischer eingestellt war, nahm an Demonstrationen teil und warf sich in die Versammlungs- und Straßenschlachten, aber diese berührten nicht den Produktionsprozeß – den Kern jedes Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Gerade auf diesem Feld, in marxistisch-leninistischer Sicht von zentraler Bedeutung, konnte die KPD nie entscheidend Fuß fassen.

So unterschieden sich diejenigen, die der KPD ihre Stimme gaben, im Grunde nur wenig von den SPD-Wählern, die ebenfalls ihre Erwartungen auf den Stimmzettel setzten. (Das galt auch für die Sozialistische Arbeiterpartei, die sich im Herbst 1931 von der als zu kompromißlerisch empfundenen SPD abzweigte[126].) Die Arbeiterschaft war in ihrer großen Mehrheit nicht aktivistisch gestimmt. Was SPD und KPD trennte, waren ihre ideologischen Ziele; diese zeitweilig zurückzustellen, wurde von keiner Seite ernsthaft versucht. Aber das war nicht nur die Schuld der jeweiligen Parteiführungen, sondern auch ihrer Anhänger, die auf einer gemeinsamen Front hätten bestehen müssen[127]. Und wenn man Verantwortlichkeiten zumessen will, so war es die SPD weit mehr als die KPD, die auf der Linken die größere Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Weimarer Republik trug.

---

[125] Tarnow, zit. bei Hebel-Kunze, S. 35; Fülberth-Harrer, S. 198.

[126] Hanns Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim am Glan 1965, S. 109 ff., 215 ff.

[127] S. auch Arthur Rosenberg, Geschichte der deutschen Republik, Karlsbad 1935, S. 228–29, 239.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte